

vom Ratsbüro genehmigt
am: 5. Okt. 2000
auf dem Zirkulationsweg

PROTOKOLL

der **13.** Sitzung
vom Dienstag, 26. Sep. 2000
17.00 bis 19.40 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Susanne Günter (FDP)

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzählerinnen: Verena Bucher (SP) und Gertrud Walch (SVP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsidentin und 40 Mitglieder
5 Stadträte

Entschuldigt :

Jakob Deppe	(FDP)
Herbert Distel	(CVP)
Marco Heer	(JPS)
Annina Keller	(JPS)
Hanspeter Meier	(SVP)
Raphaël Rohner	(FDP)
Benno Seemüller	(CVP)
Alfred Zollinger	(SVP)

Für den Schluss der Sitzung: Hans Peter Huber (SVP)

Unentschuldigt: Hansueli Alder (OeBS)

Traktanden:

1. VdSR vom 4. Juli 2000 - Preismassnahmen 2001 im Tarifverbund SH und bei den VBSh	Seite 448
2. VdSR vom 4. Juli 2000 - Integrierte Pflege im Altersheim Wiesli	Seite 454
3. MOTION der Fraktionsgem. FDP/SVP/CVP/EDU vom 7.07.2000 Reorganisation der Baubewilligungsverfahren in der Stadt SH	Begründung Seite 460
4. MOTION Leonhard Ott (OeBS) vom 14.08.00 - "Ersatz für Stadtbildkommission"	Begründung Seite 463
5. INTERPELLATION Josef Eugster (SVP) vom 7.07.00 Kommissionen im Bau- und Umweltreferat	Begründung Seite 466
6. INTERPELLATION Ernst Spengler (SVP) vom 15.08.00 "Exodus" im Altersheim Steig	Seite 467

PENDENTE GESCHÄFTE

- Vorlage des Büros des GrSR vom 7. Dez. 1999 - Erarbeitung eines Pflichtenhftes für Baukommissionen und allenfalls einer ständigen Bau-Fachkomm. SPK
- VdSR vom 7. März 2000 - Reorganisation Baureferat; Anpassung Stellenplan SPK
- VdSR vom 16. Mai 00 - Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt SH
- INTERPELLATION Roland Schöttle (FDP) vom 20. Juni 2000 -
Mutwillige Verschmutzung öffentlicher Bauwerke und techn. Anlagen,
sowie privater Liegenschaften
- INTERPELLATION Peter Kämpfer (SP) vom 20. Juni 2000 -
Personalsituation bei der Stadt Schaffhausen
- VdSR vom 20. Juni 2000 - Entwicklung der Koordinationsstelle für familien-
ergänzende Kinderbetreuung: Neueinstufung u. Stellenplananpassung SPK
- INTERPELLATION Benno Seemüller (CVP) vom 1.07.2000 -
Kampfhunde in der Stadt Schaffhausen
- INTERPELLATION Josef Eugster (SVP) vom 7.07.2000 -
Kommissionen im Bau- und Umweltreferat Beantwortung
- INTERPELLATION Ernst Gründler (FDP) vom 7.07.2000 - Aktive Landpolitik
- MOTION der Fraktionsgemeinschaft FDP/SVP/CVP/EDU vom 7.07.2000 -
Reorganisation der Baubewilligungsverfahren in der Stadt SH Beantwortung
- MOTION Roland Schöttle (FDP) vom 7.07.2000 -
Liegenschaft Kornhaus am Herrenacker
- MOTION Bea Hauser (SP) vom 15.08.00 - "Ohne Auto in die Stadt"
- INTERPELLATION Peter Neukomm (SP) vom 22.08.00 - Fusswegnetz
- MOTION Leonhard Ott (OeBS) vom 14.08.00 -
"Ersatz für Stadtbildkommission" Beantwortung
- VdSR vom 29. Aug. 2000 - Allg. Verkaufsbedingungen 2000 (AVE 2000) -
(Verordnung 2000 für die elektr. Energieabgabe und Rücklieferung) SPK
- VdSR vom 5. Sep. 2000 - SHPL Ausstieg aus dem WOV-Pilotversuch
und Aufnahme des Altersheims Steig in das WOV-Pilotprojekt. GPK
- Voranschlag 2001 der Einwohnergemeinde Schaffhausen GPK
- INTERPELLATION Walter Hotz (FDP) vom 5.09.00
"Dienstleistungen für Dritte"
- INTERPELLATION Alfred Zollinger (SVP) vom 19.09.00
"Galgenbucktunnel"

Kleine Anfragen von

Thomas Neukomm (SP): Angemessenheit einer Umgebungsgestaltung 10.09.00 10/2000

Urs Tanner (SP): E-Voting:

Teilnahme der Stadt Schaffhausen an einem Pilotversuch 20.09.00 11/2000

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Auf Antrag von **Bea Hauser, Fraktionspräsidentin der SP** beschliesst der Rat nach längerer Diskussion mit **19 : 17 Stimmen**, die schriftlich vorliegende Tagesordnung abzuändern und die Geschäfte in der nachstehend aufgeführten Reihenfolge abzuwickeln.

Traktandum 1 VdSR vom 4. Juli 2000 - Preismassnahmen 2001 im Tarifverbund SH und bei den VBSH

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage bzw. den Anträgen des SR mit **38 : 0 Stimmen** wie folgt zu:

1. Der Grosse Stadtrat stimmt den für das Jahr 2001 vorgesehenen Tariferhöhungen der Verkehrsbetriebe Schaffhausen zu. Er genehmigt den Tarif 2001.
2. Gestützt auf Art. 11 Abs. 1 lit. h der Stadtverfassung wird die Festlegung des Tarifs dem fakultativen Referendum unterstellt.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Tarifs 2001 der Verkehrsbetriebe festzusetzen.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR vom 4. Juli 2000 - Integrierte Pflege im Altersheim Wiesli

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage bzw. den Anträgen des SR mit **40 : 0 Stimmen** wie folgt zu:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrats vom 4. Juli 2000 betreffend integrierte Pflege im Altersheim Wiesli.
2. Für die baulichen Anpassungen im 3. Stock sowie das dazugehörige Mobiliar und die Geräte wird ein Nachtragskredit von total Fr. 120'000.-- bewilligt. Dieser Kredit setzt sich zusammen aus
Fr. 50'000.-- zulasten Position 314.40 (a.o. baulicher Unterhalt) sowie
Fr. 20'000.-- zulasten Position 311.60 (Mobiliar und Geräte) und für die Einrichtung des Stationszimmers.

Zusätzlich wird die Rückstellung unter Position 5704.380.00 (Einlage in Fonds für ordentlichen Unterhalt der Altersheime - Kto. 16.462.03 - von Fr. 50'000.-- verwendet.

3. Der Grosse Stadtrat stimmt der Erhöhung des Stellenplans des Altersheim Wiesli wie folgt zu:

Funktion / Einreichungsplan	BK	alt	NEU	ab 1.1.2001
		%	%	%
Hauswirtschaftliche Betriebsleiterin / Pflegedienstleitung	15-18	100	150	200
Dipl. Pflegepersonal II-I	12-14	500	850	850
Hausangestellte III-I/ Pflegehilfen III-I	01-09	1800	2000	2500
Total		2400	3000	3550

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 3 MOTION der Fraktionsgem. FDP/SVP/CVP/EDU vom 7.07.2000
Reorganisation der Baubewilligungsverfahren
in der Stadt SH Begründung**

Die Motion wird von **Roland Schöttle (FDP)** begründet.

Die Beantwortung erfolgt am 7. November 2000.

**Traktandum 4 MOTION Leonhard Ott (OeBS) vom 14.08.00 -
"Ersatz für Stadtbildkommission" Begründung**

Die Motion wird durch den Motionär begründet.

Die Beantwortung erfolgt am 7. November 2000.

**Traktandum 5 INTERPELLATION Josef Eugster (SVP) vom 7.07.00
Kommissionen im Bau- und Umweltreferat Begründung**

Die Interpellation wird durch den Interpellanten begründet.

Die Beantwortung erfolgt am 7. November 2000.

**Traktandum 6 INTERPELLATION Ernst Spengler (SVP) vom 15.08.00
"Exodus" im Altersheim Steig**

Die Interpellation wird durch den Interpellanten begründet, von Stadtrat Werner Widmer, Heimreferent, beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsidentin Susanne Günter eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

Mitteilungen:

Ratspräsidentin Susanne Günter gratuliert den bestätigten und neugewählten Kantonsrätinnen und Kantonsräten, welche zugleich Mitglieder des städt. Parlamentes sind, zu ihrer Wahl. Es sind dies:
Stadtpräs. M. Wenger bisher, SR K. Schönberger bisher und SR V. Heller neu als Vertreter bzw. Vertreterin des Stadtrates sowie die bisherigen GrSR Bernhard Egli, Ernst Gründler und Susanne Günter bzw. neu Gertrud Walch und Ruedi Widtmann.

"Städtepartnerschaft" Sindelfingen/Schaffhausen

Die Ratspräsidentin berichtet in sympathischen Worten über den sportlichen Anlass (Int.Freundschafts-Fussballturnier), welcher über das vergangene Wochenende in Sindelfingen stattfand, an welchem sich folgende Delegation des GrSR beteiligte:

Alfred Zollinger (Organisator), Theresia Derksen, Annina Keller, Peter Käßler, Andi Tenger, Walter Hotz, Thomas Hauser, Josef Eugster sowie Tobias Keller (Radio Munot). Die Ratspräsidentin Susanne Günter begleitete diese Delegation. Unsere Vertretung erreichte den 6. Platz unter 8 Teams und durfte eine ansprechende Trophäe in Empfang nehmen. Nebst dem sportlichen Engagement kam auch das Gesellschaftliche nicht zu kurz. Dabei erwies sich die Stadt Sindelfingen wiederum als grosszügige Gastgeberin.

Die Ratspräsidentin vertritt die Meinung, dass solche Kontakte gepflegt werden müssen. Sie appelliert an den Rat, die Stadt Sindelfingen im Jubiläumsjahr 2001 - 500 Jahre Zugehörigkeit des Kt. SH zur Eidgenossenschaft - nicht zu vergessen. "Ich hoffe, dass sich hierfür ein Budgetposten finden lässt."

ABRECHNUNG SITZUNGSGELDER 2000 DES GROSSEN STADTRATES

Stichtag für die Abrechnung der Sitzungsgelder ist der **31. Oktober 2000**.

Sitzungen, welche nach diesem Datum stattfinden, werden in der Abrechnung 2001 berücksichtigt; ebenso folgende Spezialkommissionen:

- VdSR vom 16. Mai 2000 - Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt SH
- VdSR vom 29. Aug. 2000 - Allg. Verkaufsbedingungen 2000 (AVE 2000) - (Verordnung 2000 für die elektr. Energieabgabe und Rücklieferung)
- evtl. VdSR vom 20. Juni 2000 - Entwicklung der Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung: Neueinstufung u. Stellenplananpassung

Die Auszahlung erfolgt Valuta 24. November 2000.

SITZUNGSPLAN 2001 GROSSER STADTRAT

Dieser wurde heute an die Ratsmitglieder sowie an die Medien verteilt.

NEU EINGEGANGENE GESCHÄFTE SEIT DER LETZTEN SITZUNG:

- **INTERPELLATION Walter Hotz (FDP) vom 5.09.00**
"Dienstleistungen für Dritte"
- **INTERPELLATION Alfred Zollinger (SVP) vom 19.09.00**
"Galgenbucktunnel"
- **KLEINE ANFRAGEN von**
Thomas Neukomm (SP): Angemessenheit einer Umgebungsgestaltung v.10.09.00 10/2000
Urs Tanner (SP): E-Voting:
Teilnahme der Stadt Schaffhausen an einem Pilotversuch v. 20.09.00 11/2000

Beantwortet wurde vom Stadtrat mit Datum 19.09.00 die KLEINE ANFRAGE von Ernst Gründler (FDP): Brandschutzkontrollen in der Stadt vom 22. 6.00 7/2000

Verhandlungsbereit ist folgendes Geschäfte gemeldet worden:

VdSR vom 5. Sep. 2000 - SHPL Ausstieg aus dem WOV-Pilotversuch und
Aufnahme des Altersheims Steig in das WOV-Pilotprojekt.

Dieses Geschäft wird auf die Sitzung des GrSR vom 7. November traktandiert.

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 12 vom 12. September 2000 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden. Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.

Bea Hauser (SP) Fraktionspräsidentin

"Ich stelle Ihnen einen Antrag auf Änderung der heutigen Traktandenliste. Ich will diesen Antrag kurz begründen. Die Reihenfolge der persönlichen Vorstösse auf der Traktandenliste der vergangenen Sitzung vom 12. September sah so aus: Interpellation Peter Möller - die schliesslich auch behandelt wurde - , dann die Interpellationen von Roland Schöttle, Peter Käppler und Benno Seemüller; darauf folgten die Motion der bürgerlichen Fraktionsgemeinschaft, die Interpellation von Josef Eugster, die Motion von Roland Schöttle und die Interpellation von Ernst Gründler. Erst dann auf Platz 10 lag die Interpellation "Exodus" im Altersheim Steig von Ernst Spengler.

Was sahen unsere erstaunten Augen, als die Traktandenliste der heutigen Sitzung bei uns ankam? Die Interpellation von Ernst Spengler liegt an erster Stelle der persönlichen Vorstösse auf Platz 3. Die Reihenfolge der anderen Vorstösse ist auch komplett umgestellt worden. Zuerst also die Interpellation Spengler, dann alle Motionen, dann die anderen Interpellationen. Das, meine Damen und Herren, ist Willkür! So geht das nicht. Wie ich hörte, hat unsere Ratspräsidentin die Traktandenliste ganz alleine mit ihren bürgerlichen Fraktionskolleginnen und -kollegen so aufgesetzt und das ganze Büro vor den Kopf gestossen. Ich protestiere im Namen meiner Fraktion aufs Schärfste gegen dieses Vorgehen. Was sind das auch für Sitten? Im Grossen Stadtrat werden die Geschäfte noch immer nach Eingang traktandiert. Wenn ein Geschäft besonders dringlich ist, muss es als dringlich erklärt werden. Wir können nicht zulassen, dass aus wahltaktischen oder aus welchen Gründen auch immer mit der Traktandenliste des Grossen Stadtrats willkürlich verfahren wird.

Ich stelle Ihnen den Antrag, die Interpellation von Ernst Spengler wieder hinter allen anderen persönlichen Vorstössen zu plazieren und jetzt mit den Interpellationen der Kollegen Schöttle, Käppler, Seemüller und Eugster zu beginnen - und zwar in dieser Reihenfolge."

Susanne Günter, Ratspräsidentin

"Ich finde eine Rechtfertigung von meiner Seite an dieser Stelle überflüssig. Gemäss § 31 der GO liegt es in der Kompetenz des Ratspräsidenten bzw. der Ratspräsidentin, die Tagesordnung festzulegen.

Wenn ich von einem Interpellanten höre, dass es irgendwo brodelt, dann finde ich es zulässig, den Vorstoss auf der Traktandenliste etwas vor zu schieben."

Ernst Spengler (SVP) Votum

"Von Willkür kann keine Rede sein. In der Geschäftsordnung steht ganz klar, *"der Präsident oder die Präsidentin setzt die Tagesordnung fest."*

Hinsichtlich Interpellationen steht in den § 55 und 56 der GO folgendes: *Jedes Mitglied kann durch die Interpellation vom Stadtrat mündlich Auskunft verlangen. Die eingegangene Interpellation wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen gesetzt.* Es steht nirgends etwas von einer Reihenfolge, von unüblich oder so.

An die Adresse von Frau Hauser muss ich sagen: Es erstaunt mich ein wenig. Ihre Partei macht sich immer wieder stark für die Schwachen. Hier geht es letztlich um die BewohnerInnen eines Heimes. Das dürfen wir nicht aufschieben.

Ich stelle den Antrag, die Traktandenliste so zu belassen, wie sie uns schriftlich vorliegt."

Bernhard Egli (OeBS) möchte eine Begründung dafür hören, weshalb man die Traktandenliste nicht in der Reihenfolge des Einganges der persönlichen Vorstösse festlegt bzw. gegenüber der letzten Tagesordnung derart umstellt.

Peter Möller (GB) Votum

"Es ist richtig, es steht nichts in der Geschäftsordnung. Aber es ist jahrelange Usanz, dass wir die persönlichen Vorstösse in der Reihenfolge ihres Einganges behandeln. Wenn es darum ginge, dass die Sache wirklich so dringend ist: Weshalb wurde sie nicht an der letzten Sitzung vorgezogen? Weshalb durfte ich meine Interpellation begründen und nicht Herr Spengler? Das verstehe ich nicht. Da erwarte ich eine Erklärung. Ich schliesse mich dem Antrag von Bea Hauser an."

Max Zimmermann (parteilos) Votum

"Jeder/jede PräsidentIn hat das Recht, die Traktandenliste - die Reihenfolge der Geschäfte - festzulegen. Entscheidend ist, dass Ihnen diese Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Es konnten sich alle auf die heutige Sitzung vorbereiten. Das Argument von Bea Hauser sticht nicht.

Peter Möller hat recht mit seinem Hinweis auf die Usanz. Aber wenn die Präsidentin findet, es sei notwendig, etwas vorzuziehen, das brodelt, dann gibt es keine weiteren Diskussionen. Wir handeln die Geschäfte der Tagesordnung so ab, wie sie vorgegeben sind. Sie haben mindestens eine Woche Zeit gehabt, dies in dieser Reihenfolge zu akzeptieren."

Esther Bänziger (SP) stösst sich nicht am Umstand, dass ein Traktandum vorgezogen wurde, sondern daran, dass die ganze Traktandenliste im Vergleich zu jener der Sitzung vom 12. Sep. umgekrempelt wurde. Das sei nicht einleuchtend. Sie verweist schliesslich auf die Möglichkeit, ein Geschäft als dringlich erklären zu lassen, wenn die Sache brennt. Üblicherweise werde dies so gemacht.

Ernst Spengler (SVP) nimmt Bezug auf das Votum von Esther Bänziger bezüglich der totalen Umkrempelung der Traktandenliste. Er rechtfertigt die Zusammenfassung der Traktanden 4, 5 und 6 durch die Tatsache, dass diese drei Vorstösse in einander greifen. Die gemeinsame Behandlung dieser drei Vorstösse erlaube eine effiziente Bearbeitung durch den Stadtrat und das Parlament am 7. November 2000.

Die **Ratspräsidentin** bestätigt die Richtigkeit der Ausführungen von Ernst Spengler.

Stadtrat Werner Widmer

"Ich spreche im Namen des Stadtrates. Schon aus formellen Gründen hätte dieses Traktandum mit einer Zweidrittels-Mehrheit dringlich erklärt werden müssen. Das ist nicht geschehen. Ich hätte keine Mühe, diese Dringlichkeit zu widerlegen. Wenn Sie jedoch entscheiden, dies heute zu behandeln, dann machen wir das so. Ernst Spengler, ich habe Sie ja zu einem Gespräch eingeladen; dieses haben Sie verweigert. Wenn es um Personalinternas geht, dann ist es nicht Sache des Parlamentes. Man kann sicher generell über die Anliegen, die Sie korrekt formuliert haben, diskutieren. Das ist die Haltung des Stadtrates. Rein formell müssen Sie entscheiden, wie Sie das handhaben wollen."

Roland Schöttle (FDP) möchte wissen, ob der Antrag von Bea Hauser tatsächlich verlangt, dass alles umgekrempelt werden muss, oder ob lediglich das Traktandum 3 verlagert werden soll. Der Votant teilt hinsichtlich der Traktanden 4, 5 und 6 die Meinung von Ernst Spengler, wonach diese als ein Paket behandelt werden sollen, um eine effiziente Ratsarbeit in der Folge zu ermöglichen.

Bea Hauser (SP) hat nichts dagegen, dass thematisch verbundene Vorstösse zusammen genommen werden. Sie bestätigt, dass der Änderungsantrag nur das Traktandum 3 betrifft.

Max Zimmermann (parteilos) kann es akzeptieren, dass über diese Änderung bezüglich Trakt. 3 abgestimmt wird. "Aber wenn alles umgekrempelt wird, dann gehe ich nach Hause. Ich habe nämlich meine Unterlagen genau so zusammen gestellt, wie die Geschäfte auf der Traktandenliste figurieren. Wenn in diesem Rat solche Spielchen bezüglich der Traktandenliste gemacht werden und fadenscheinig argumentiert wird, ist es wirklich schade und die Zeit wird vergeudet. Das ist nicht ratskonform, das ist Kindergarten."

Thomas Hauser (FDP) will wissen, wo die Interpellation Ernst Spengler nun hinkommt, ob sie ganz von der Tagesordnung abgesetzt oder an welcher Stelle der Traktandenliste sie platziert werden soll.

Esther Bänziger (SP) vertritt die Meinung, dass die Interpellation Ernst Spengler nicht auf die heutige Tagesordnung gehöre, da sie auf der letzten Traktandenliste noch weit hinten figurierte.

Thomas Hauser (FDP) ist mit dieser Begründung nicht einverstanden.

Bea Hauser (SP) schlägt vor, den Vorstoss Spengler an die 6. Stelle der Tagesordnung zu setzen, d.h. zuerst die beiden Vorlagen des Stadtrates zu behandeln, dann das Dreierpaket, welches das Bau- und Umweltreferat betrifft, und

schliesslich als Geschäft Nr. 6 die Interpellation von Ernst Spengler. "Wenn Sie das wollen, mir ist das egal."

ABSTIMMUNG

Der Rat beschliesst mit **19 : 17 Stimmen**, die schriftlich vorliegende Tagesordnung abzuändern. Traktandum 3 - Interpellation von Ernst Spengler - wird neu als Traktandum 6 geführt. Die Vorstösse Trakt. 4, 5 und 6 rücken vor auf neu Trakt. 3, 4 und 5.

Somit ist die heutige Tagesordnung bereinigt.

Traktandum 1 VdSR vom 4. Juli 2000 - Preismassnahmen 2001 im Tarifverbund SH und bei den VBSH

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in einer 11er-SPK vorberaten.

Stephan Schlatter (SVP) Präsident der SPK *

"Im März dieses Jahres hat das Schaffhauser Stimmvolk die erste Vorlage, mit der Streichung des Seniorenrabattes, "bachab" geschickt. Dieses Signal war unmißverständlich.

Durch die abgelehnte Volksabstimmung sind den Partnerunternehmen Mehreinnahmen von jährlich Fr. 200'000.- entgangen.

Nun lag der Ball wieder beim Stadtrat, um eine neue Vorlage auszuarbeiten.

Diese neue Vorlage steht nun heute zur Diskussion. Die Spezialkommission hat diese in einer Sitzung beraten.

Nun zur Vorlage:

Die letzte Preiserhöhung wurde 1996 vollzogen. Seither ist die MwSt gestiegen und die Teuerung von ca. 4% wurde nicht überwältzt. Nicht in dieser Vorlage enthalten sind die zur Zeit hohen Treibstoffkosten. Ich hoffe nicht, dass es deswegen bald wieder eine neue Vorlage geben muss.

Die erwarteten Mehreinnahmen durch die Preismassnahmen betragen ca. Fr. 465'000.--. Dieses Mal müssen alle etwas mehr bezahlen, auch die Senioren. Dort wird am Seniorenrabatt etwas "abgeknabbert". Der Preisaufschlag für Erwachsene beträgt 4%. Die Rabattierung der Senioren reduziert sich von 28% auf 20%, die der Junioren von 28% auf 25%. Die Wochenabonnemente werden auf 50% eines Monatsabonnements angehoben.

In der SPK wurde auch eine Aufteilung der Juniorentarife in Tarife für Jugendliche 16-20 Jahre und Junioren 20-25 Jahre angeregt.

Dies wurde aber bereits im Vorfeld durch die Verbundpartner abgelehnt und würde auch quer zu den nationalen Vorgaben stehen.

Die Mehrerträge im Detail:	Fr.
- Erhöhung der Preise der Verbundes	270'000.--
- Preiserhöhung bei den Mehrfahrtenkarten	170'000.--
- Erhöhung der Tageskarte	100'000.--
ergibt total brutto	540'000.--

Davon werden Fr. 40'000.- für Umlagerungen innerhalb des Sortimentes abgezogen sowie Fr. 35'000.-- für die MwSt (ab 1.1.2001 7,6%)

Die Mehrerträge belaufen sich daher netto auf 465'000.--

Im gleichen Zuge mit den Preismassnahmen möchten im Tarif noch einige Aenderungen eingebracht werden.

z.Bsp. dürfen nachher Blinde mit einer Begleitperson und einem Blindenführerhund gratis fahren (bisher nur Begleitperson oder Hund gratis)

Bei den Senioren wird auf eine Altersangabe verzichtet, es wird auf die AHV-Altersgrenze verwiesen.

Ebenfalls wird das City Ticket aufgenommen.

Ich bitte Sie, dieser Vorlage zuzustimmen und später das Referendum **nicht** zu ergreifen.

Danken möchte ich den Mitgliedern der SPK für die Mitarbeit. Speziell danke ich Frau Stadträtin Heller und Herr Herrmann für das Vorstellen der Vorlage und die gute Beratung. Herr Gfeller danke ich für die saubere und speditive Protokollführung."

Stephan Schlatter (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU

"Die EDU und SVP Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und Ihr zustimmen."

Iren Eichenberger (OeBS) Fraktionserklärung OeBS/EVP/JPS/GB *

"Die zweite Auflage der Tarifierung ist keine "Light-Variante", es werden nur die Portionen anders verteilt. Die meisten hier im Saal hätten den Senioren ursprünglich gerne eine grössere Portion zugemessen, deren VertreterInnen aber haben vehement abgelehnt. Ob die nun vorliegende Variante besser, gerechter sei, daran haben wir unsere Zweifel. Unbestritten aber bleibt die wichtige Funktion, welche die VBSH täglich bei einer hervorragenden Leistung ausüben. Allein an der Bahnhofstrasse steigen täglich 20'000 Personen aus und ebenso viele steigen in den Bus ein. Dass der Bus sogar eine Bedeutung als Standortvorteil hat, bestätigt der Hinweis "Nähe Bushalt" in vielen Wohnungsinseraten. Aus ökologischer Sicht ist klar, der Bus ist mit dem Velo das umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Zudem muss eine kleinflächige Stadt wie Schaffhausen interessiert sein, möglichst viele CitybesucherInnen per Bus ins Zentrum zu befördern. Damit sparen wir Parkfläche, die weit produktiver genutzt werden kann als Verkaufsfläche, als Strassencafé, zum Flanieren und damit zur Attraktivierung der Altstadt.

Es ist durchaus im Interesse der Allgemeinheit, die nützliche Dienstleistung der VBSH mit Steuermitteln zu unterstützen. Im letzten Jahr waren dies rund 5,7 Mio Franken.

Mit der neuen Vorlage wollen die VBSH ihren Kostendeckungsgrad um 2% auf 48% erhöhen. Dass die Mehreinnahmen von Fr. 465'000.-- zu 58% aus Verbundabos und damit aus Flextax Monats- oder Jahresabos stammen, ist eine eindeutige Verschlechterung gegenüber der ersten Vorlage. Dort sollten nämlich die Monats- und Jahresabos nicht verteuert werden, als Geste an die treuesten und pflegeleichtesten Kundinnen und Kunden. Natürlich bleibt Busfahren in Schaffhausen trotzdem vergleichsweise günstig.

Schliesslich anerkennen wir auch, dass eine Art Opfersymmetrie erreicht wurde, indem der Seniorenrabatt um 8% reduziert wird.

Der Direktor der VBSH hat das entwaffnende Argument gesagt: Frau D. und Herr A. pardon Herr M. sind dafür ... - was will man noch mehr? Ich hätte einzig den Tip, inskünftig Verbände und nicht Einzelpersonen zu vernehmlassen, oder andernfalls auch ein paar gewitzte RentnerInnen von Umweltseite zu befragen. Ich hätte dazu noch einige Adressen.

Die OeBS/EVP/JPS/GB-Fraktion ist für Eintreten und stimmt der Vorlage zu."

Thomas Hauser (FDP) Fraktionserklärung FDP/CVP

"Diese Vorlage ist die logische Fortführung der letzten Vorlage, welche vom Volk abgelehnt wurde. Die referendumsauslösenden Zähne wurde gezogen. Jetzt können wir damit rechnen, dass wir die Vorlage durchbringen und kein Referendum ergriffen wird.

Solche Anpassungen alle vier Jahre stellen immer wieder einen Kraftakt dar, der jeweils noch mit einem Referendum in Frage gestellt werden werden kann. Deshalb haben wir bereits in der Kommission angeregt, eine Teuerungsklausel einzuführen. Wenn eine gewisse Teuerung erreicht wird, können die Preise mit einer Vorlage angepasst werden analog den Tarifen bei den städtischen Werken oder bei den kantonalen Krankenanstalten. Frau SR Heller hat in der SPK darauf hingewiesen, dass man dies eigentlich wollte, es aber bei der letzten Revision der Stadtverfassung verpasst habe. Um auf eine Motion verzichten zu können, gebe ich hier zu Protokoll, dass man diese Teuerungsklausel anlässlich der nächsten Revision der Stadtverfassung dort vorsehen soll, damit die notwendigen Tarifierpassungen bei Bedarf vorgenommen werden können."

Die FDP und die CVP werden auf diese Vorlage eintreten und ihr zustimmen."

Urs Tanner (SP) Fraktionserklärung *

"Ich möchte dem Kommissionspräsidenten Stephan Schlatter danken für die übersichtliche und kluge Leitung der einen und einzigen Sitzung.

Eine neue Vorlage musste nach dem gewonnenen Referendum kommen, und da unsere Fraktion bei der letzten Vorlage mehrheitlich gegen die Streichung des Seniorenrabattes war, ist diese neue Vorlage auch eine in unserem Sinne.

Völlig unbestritten ist, dass eine Anpassung der Tarife aus finanzieller Sicht dringend notwendig ist.

Im Sinne einer Opfersymmetrie kommen jetzt alle Kategorien ein wenig mehr an die Kasse, richtigerweise auch die Abos der Seniorinnen und Senioren. Es wird natürlich auf den Referendumssieg derselben Rücksicht genommen, was auch völlig richtig ist. In Zahlen heisst das, dass die Vergünstigung neu nicht mehr 28 sondern 20% beträgt.

In meinen Augen auch korrekt war die interne Vernehmlassung mit Herrn M. und Frau D., welche nach ihren Aussagen die jetzige Vorlage so akzeptieren werden. Zur Regel sollte dies aber trotzdem nicht werden, weil wir sonst bei jeder Vorlage auch noch mit Herrn S., seines Zeichens Zeitungsbesitzer, Kontakt aufnehmen müssten, und dies wäre dann wohl des Guten zuviel.

Unsicher war ich in der Kommission einzig in Bezug auf die Preisänderung bei den Jahresabos, von welchen es in der alten Vorlage noch hiess: Zitat alte Vorlage S. 2: *"Verzichtet wird auf eine Tarifierhebung bei den Jahreskarten. Damit soll der Trend zu den Jahreskarten mit starker Kundenbindung an das Unternehmen gefördert werden."* Zitat Ende.

Das war eigentlich eine einfache Marketingbotschaft, welche mir gefiel. Ich liess mich aber von den Fachleuten überzeugen, dass der SeniorInnenrabatt einfach finanziert werden muss und somit das Festhalten an unveränderten Jahresabos nicht mehr möglich ist. Schade!

Ansonsten eine saubere Arbeit von Stadträtin Vero Heller, welche geschickt die Anliegen der SeniorInnen und der VBSh zu einer guten Vorlage verwob!

Die SP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr auch einstimmig zustimmen."

Stadträtin Veronika Heller

Stellungnahme des Stadtrates *

"Ich danke Ihnen für die gute und wohlwollende Aufnahme dieser Vorlage im sog. zweiten Anlauf. Insbesondere danke ich dem Präsidenten der Spezialkommission, Herrn GrSR Stephan Schlatter. Er hat die Kommissionarbeit sehr speditiv geleitet und damit einen Beitrag geleistet, dass wir in einer Sitzung durchgekommen sind. Er hat die Vorlage auch im Rat sehr gut vertreten.

Die nicht sehr erfreuliche Vorgeschichte kennen Sie.

Die heutige Vorlage "Preismassnahmen 2001" respektiert das Abstimmungsverdikt vom März 2000.

- Die Seniorenvergünstigung bleibt, der Rabatt wird jedoch reduziert.

Die seit 1996 unveränderten Tarife müssen nun dringend angepasst werden. Ich erinnere an die zwei Gründe, welche in der Vorlage genannt worden sind - Teuerung, Anhebung der Mehrwertsteuer -; jetzt kommt noch der aktuelle dritte Grund hinzu, die Preissituation beim Dieselöl. So haben wir für das Jahr 2000 - sofern ich mich richtig erinnere - einen Preis von Fr. 1.18 budgetiert, für das Jahr 2001 Fr. 1.28.

Der aktuelle Preis liegt etwa bei Fr. 1.50. Jeder zusätzliche Rappen pro Liter kostet uns 10'000 Franken p.a..

Die Betriebe haben ein ausgezeichnetes Angebot. Dies hat seinen Preis. Sie sind daher auf die Tarifmassnahmen angewiesen.

Unsere Verbundpartner, die auch betroffen sind von diesen Massnahmen - es sind dies die SBB, MThB, DB, Südbadenbus GmbH, das Postauto sowie die ASS -, haben die im laufenden Jahr entgangenen Mehreinnahmen akzeptiert. Wir sind dafür dankbar. Wie Sie der Vorlage entnehmen können, war das Bundesamt für Verkehr da ganz anderer Meinung.

Der Stadtrat ist Ihnen dankbar, wenn Sie für die Vorlage das nötige Verständnis aufbringen und diese auch gutheissen. Indem Sie Eintreten signalisiert haben, scheint dies der Fall zu sein. Der neuen Vorlage liegt das Prinzip der Opfersymmetrie zu Grunde, wie dies mehrfach heute Abend richtigerweise erwähnt wurde.

Ich hoffe nicht, dass auch diesmal wieder eine Volksabstimmung nötig sein wird - wenn doch, rufe ich jetzt schon alle Mitglieder des GrSR, die der Vorlage zustimmen, dazu auf, diese auch aktiv zu unterstützen, Wahlzeiten hin oder her. Manchmal braucht es in der Politik etwas Mut und Zivilcourage, um unpopuläre, aber leider unerlässliche Massnahmen mit der nötigen Überzeugungskraft zu vertreten. Für Ihre Unterstützung danke ich Ihnen ebenso, wie für Ihre Aufmerksamkeit."

Max Zimmermann (parteilos) erkundigt sich, weshalb man die Preise bei den Jahres-, Monats- und Wochenabos für Senioren und Junioren nicht gleichgeschaltet habe. Das würde in der Praxis eine Vereinfachung ergeben. Die Preiserhöhung für Dieselöl betreffe alle Kategorien. "Es ist gut, dass die Abstimmung am vergangenen Wochenende "das Loch hinunter" gegangen ist. Das hätte einen weiteren Teuerungsschub ausgelöst. Jetzt kommt das Entscheidende, weshalb ich hier etwas sage. Es gibt RentnerInnen, welche keine Pension haben, sondern eine Leibrente. Die Leibrente ist fixiert auf einen bestimmten Betrag, der unabhängig von der Teuerungsentwicklung unverändert bleibt. Das heisst, dass bei einem Teuerungsschub plötzlich Ergänzungsleistungen zur AHV erbracht werden müssen, weil die Leute finanziell nicht mehr durchkommen.

Ich möchte wie eingangs erwähnt wissen, weshalb man die Preise bei den Jahres-, Monats- und Wochenabos für Senioren und Junioren nicht gleichgeschaltet hat."

Stadträtin Veronika Heller macht Max Zimmermann darauf aufmerksam, dass die VBSh nicht allein und nach Gutdünken etwas festlegen können. "Wir haben 6 Partner in diesem Tarifverbund. Es sind viele Varianten diskutiert worden. Das Preisgefüge ist relativ kompliziert. Es wurde eine Gewichtung vorgenommen, wobei man festgestellt hat, dass es nach wie vor eine gewisse Differenzierung braucht. Bei den Kindertarifen ist zu berücksichtigen, dass eine Familie in der Regel mehr als 1 Kind hat, was entsprechend ins Gewicht fällt. Bei der Einführung der Junioren-Tarife im Jahr 1987 - wenn ich mich richtig erinnere - ist man von der Überlegung ausgegangen, dass für viele junge Leute die Parole gilt: 18 - Führerschein - Auto. Das möchten wir nicht unbedingt fördern, sondern wir wollen dazu beitragen, dass mindestens ein Teil dieser Jugendlichen die öffentlichen Verkehrsbetriebe benützt.

Wenn Sie weitere Auskünfte möchten, Herr Zimmermann, so kann ich Ihnen gemäss Art. 19 Abs. 2 der Stadtverfassung das Angebot machen, dass Ihnen der Direktor der VBSH, Walter Herrmann, welcher heute anwesend ist, direkt antwortet."

Max Zimmermann (parteilos) würde es interessieren, welche Konsequenzen es gehabt hätte, wenn man die Preise bei den Jahres-, Monats- und Wochenabos für Senioren und Junioren gleichgeschaltet hätte.

Walter Herrmann, Direktor VBSH

"Wenn Sie das mixen, Herr Zimmermann, dann käme das finanziell in etwa aufs selbe heraus. Etwas muss ich doch erwähnen. Die Stadt Schaffhausen hat noch einen Kindertarif für die Kinder von 6 bis 16 Jahren. Der Tarifverbund, wie eigentlich die ganze nationale Tariflandschaft, kennt keinen Kindertarif. Das heisst, wenn wir die Preise für die Junioren noch stärker erhöhen, trifft das bei allen 3- und 4-Zonen-Abos auch die Kinder. Aus sozialen Gründen und auch in Abstimmung mit dem nationalen Tarifgefüge - mit den Rabatten, welche national gewährt werden - sind wir deshalb bei den Junioren bei der Rabattierung von 25% geblieben.

Die Art und Weise, wie die Tarife zustande kommen, ist für uns extrem schwierig. Wir müssen im Tarifverbund eine Einheit finden. Wir haben diese Tarife im Flex Tax-Verbund einstimmig verabschiedet, seitens der Stadt Schaffhausen mit dem Vorbehalt der Zustimmung durch den GrSR, allenfalls sogar durch die Einwohnergemeinde. Wenn Sie jetzt etwas ändern, schicken Sie mich zurück in die Verhandlungen mit den Verbundpartnern. Wir verhandeln dann und kommen vielleicht genau mit der Lösung zurück, die Sie jetzt wünschen - vielleicht auch nicht. Wir verlieren also auch Zeit. Unsere finanziellen Probleme sind eigentlich so, dass wir froh wären, wenn wir jetzt mit dem, was wir Ihnen vorstellen und wofür wir in mühsamer Kleinarbeit einen Konsens gefunden haben, durchkämen. Dann könnten wir diese Tarifmassnahmen raschmöglichst durchführen."

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident, verliest die Seitenzahlen 1 - 5 sowie den Anhang 1 - Tarif 2001 - der Vorlage. Das Wort hierzu wird nicht verlangt.

ANTRÄGE

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident, verliest die Anträge auf Seite 5 und 6 der Vorlage.

1. Der Grosse Stadtrat stimmt den für das Jahr 2001 vorgesehenen Tarifierhöhungen der Verkehrsbetriebe Schaffhausen zu. Er genehmigt den Tarif 2001.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Gestützt auf Art. 11 Abs. 1 lit. h der Stadtverfassung wird die Festlegung des Tarifs dem fakultativen Referendum unterstellt.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Der Stadtrat wird ermächtigt, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Tarifs 2001 der Verkehrsbetriebe festzusetzen.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage bzw. den Anträgen des SR mit **38 : 0 Stimmen** zu.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR vom 4. Juli 2000 - Integrierte Pflege im Altersheim Wiesli

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in einer 11er-SPK vorberaten.

Walter Hotz (FDP) Präsident der Spezialkommission *

"Erlauben Sie mir, bevor ich auf die Vorlage des Stadtrates zur „Integrierten Pflege im Altersheim Wiesli“ zu sprechen komme, Ihnen ein Zitat aus der AZ vom 14. September dieses Jahres von Frau Praxedis Kaspar zu zitieren. Frau Kaspar schreibt:

"Quadratur des Kreises. Alterspflege kommt der Quadratur des Kreises gleich: Einerseits muß sie die Kosten im Griff haben und innerhalb straffer Strukturen eine Menge leisten. Andererseits bedeutet Alter auch Chaos, Krankheit, Abhängigkeit und schließlich Sterben. Dies zu verdrängen, kann sich die Gesellschaft nicht länger leisten. Ohnehin geht es uns alle an." Ende Zitat.

Meine Damen und Herren, in diesem Zitat steckt eine große Menge Wahrheit und ich bin davon überzeugt, daß Sie alle hier im Ratssal ähnlich denken oder sich ähnliche Gedanken schon einmal gemacht haben. Spätestens vielleicht, als Sie diese vorliegende Vorlage studiert haben.

Es ist mir ein grosses Anliegen, an dieser Stelle den vielen Menschen, die in irgend einer Weise in unserem Gesundheitswesen arbeiten, meinen Dank auszusprechen. Erlauben Sie mir auch einen besonderen Dank an die Damen: Frau Monica Studer, Ressortleitung stationäre und ambulante Altersbetreuung, Frau Veronika Zimmermann, Heimleiterin Wiesli, Frau Roswitha Pem, Pflegedienstleitung, die alle wesentlich an der vorliegenden Vorlage mitgearbeitet haben und uns anlässlich der Kommissionssitzung ausführlich orientierten.

Ich möchte Sie nun kurz über die Vorlage orientieren:

Ausgangslage

Im Jahre 1981 wurde das Altersheim Wiesli eröffnet. Wir wissen alle, daß die Altersbetreuung in den letzten 20 Jahren große Veränderungen erfahren hat. Im Altersheim Wiesli sollen zukünftig auch in den Pensionärzimmern umfassende Pflege und Betreuung angeboten werden. Die Pflegebedürftigkeit der BewohnerInnen des Altersheims nimmt zu. Neu bringen schon die neu eintretenden Menschen in der Regel einen leichten bis mittleren Pflegebedarf mit. Es entspricht dem Bedarf der Zeit, daß die heutigen und vor allem auch die neu eintretenden Bewohnerinnen und Bewohner nicht mehr in ein anderes Zimmer umziehen müssen, wenn sie vermehrte Pflege benötigen. Darum sind die Verantwortlichen auf die integrierte Pflege gekommen, was nichts anderes heißt, als daß man in seinem angestammten Zimmer bleiben kann. Dazu braucht es aber zur Sicherstellung der **Pflege** und **Betreuung** personelle und bauliche Anpassungen, sowohl um dem aktuellen Betreuungsbedarf nachkommen zu können, als auch um dem KVG, das seit 1996 in Kraft ist und klare Qualitätsvorschriften und eine Qualitätskontrolle vorschreibt, gerecht zu werden. Die Krankenkassen sind verpflichtet, die Heime zu überprüfen. Der Pflegeaufwand kann dem Patienten verrechnet und vom Patienten wieder von der Krankenkasse zurückgefordert werden. Deshalb auch die Kontrollen durch die Krankenkassen. Wichtig ist auch, die neue Verordnung zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz zu kennen. In diesem Gesetz wird genau formuliert, was in Heimen, die pflegebedürftige Menschen betreuen, geschehen muß. Wichtig ist auch zu wissen, daß die Bezeichnung einer verantwortlichen Leitung des Pflegedienstes erfolgen muß, damit auch die benötigten Subventionen gefordert werden können. Das heißt also, dass die minimalen Anforderungen erfüllt werden müssen.

Personelle Anpassungen

Um dem aktuellen Bedarf der Bewohnerinnen und Bewohner an Pflege-, Betreuungs- und Hilfeleistungen nachkommen zu können, als auch um dem KVG zu genügen, muß der Stellenplan angepaßt werden.

In der Vorlage auf Seite 6 können Sie in der Auflistung entnehmen, daß heute - im Jahr 2000 - 4'200 Stellenprozente im Stellenplan enthalten sind. Um dem Pflege- und Betreuungsbedarf und der verlangten Qualität des Heimes nachkommen zu können, muß der Stellenplan neu um 600 Stellenprozente erhöht werden. Dies sind wir auch gegenüber dem KVG verpflichtet. Das heißt also, es werden im Bereich Pflege 400 Stellenprozente und 200 Stellenprozente im Bereich Hausdienst benötigt. Total also 4'800 Stellenprozente.

Ab dem 1.1.2001 erhöht sich der Bedarf im Bereich Pflege um zusätzlich 50 Stellenprozente und im Bereich Hausdienst um 500 Stellenprozente auf Total 5'350 Stellenprozente. Also nochmals zur klaren Übersicht:

Stellenprozente **alt** 4'200, **neu** 4'800 Stellenprozente, (+ 600 Stellenprozente);

ab 1.1.2001: 5'350 Stellenprozente (+ 1'150 Stellenprozente) gegenüber dem heutigen Stand. Beachten Sie bitte auch, daß die beiden letzten Zahlen auf der untersten Linie, Seite 6 in der Vorlage (Hausangestellte III-I) 2'000 bzw. 2'500 nicht fett gedruckt sind.

Bauliche Anpassungen

Je mehr Pflegebedürftigkeit anfällt, desto größer wird die notwendige Unterstützung. Zur Zeit hat das Altersheim Wiesli nur zwei Stationszimmer, dies genügt nicht mehr. Es muß deshalb im dritten Stock ein zusätzliches Stationszimmer eingerichtet werden mit der notwendigen Infrastruktur.

Dazu muß ein Pensionärzimmer umgenutzt werden. Des weiteren soll im 1. und 2. Stock je ein Steckbettenautomat installiert werden.

Finanzielle Auswirkungen

Das Ganze hat natürlich finanzielle Auswirkungen. Die Aufwendungen zur Realisierung des neuen Konzepts sind die folgenden:

Für das laufende Jahr 2000

Infrastruktur (Mobilier, Geräte, Hausrat)	Fr. 20'000.00
Bauliche Aufwendungen	Fr. 50'000.00
Personalkosten (inkl. Sozialleistungen)	Fr. 287'000.00
Total Aufwendungen	Fr. 357'000.00

Mehreinnahmen:

Verpflegungsgelder	Fr. 50'000.00
Kantonsbeitrag	Fr. 43'000.00
Krankenkassen-Leistungen	Fr. 150'000.00
Total Mehreinnahmen	Fr. 243'000.00

Diese Zahlen würden zu einem Betriebsverlust von Fr. 114'000.00 führen.

Weil jedoch das Konzept gemäss Antrag nicht wie vorgesehen per 1.5.2000 umgesetzt konnte, war die Heimleitung gezwungen, die vorgesehenen Stellen befristet zu besetzen, so daß die Zahlen nicht mehr genau stimmen. Deshalb kann der Text auf Seite 5 der Vorlage wie folgt abgeändert werden:

Das geschätzte Betriebsergebnis von minus Fr. 114'000.00, basierend auf einer Inkraftsetzung per 1.5.2000, wird vermutlich um ca. Fr. 50'000.00 verbessert sein.

Für das Jahr 2001:	Personalkosten	Fr. 348'000.00
	Mehreinnahmen	Fr. 239'000.00
	Geschätztes Betriebsergebnis minus	Fr. 109'000.00

Dieses Ergebnis kann innerhalb des Gesamtbudgets evtl. aufgefangen werden. Es ist nämlich auch wichtig zu wissen, daß wir bei den Verantwortlichen ein grosses Kostenbewusstsein heraus spüren konnten.

Zusammenfassung

Denjenigen, denen das BESA-System (Bewohnerinnen und Bewohner Einstufungs- und Abrechnungssystem) fremd ist, möchte ich noch folgende Erklärung geben. BESA ist ein System, das die Pflegebedürftigkeit festlegt, die vorab durch die Pflegeleitung und dann vom Arzt oder Hausarzt schriftlich bestätigt wird, damit die Höhe der Rückerstattung der Krankenkassen gewährleistet ist.

Jede zu erbringende Leistung wird beschrieben und ergibt eine Punktzahl.

BESA 1 mit einem Punkteraster von 1 bis 11 Punkten ist die niedrigste Stufe mit einem Zeitaufwand innerhalb von 24 Stunden von 10 bis 40 Minuten pro Tag.

BESA II ergibt mit einem Zeitaufwand von 60 bis 90 Minuten pro Tag 12 bis 26 Punkte.

BESA III basiert auf 110 bis 160 Minuten Zeitaufwand pro Tag und ergibt 27 bis 44 Punkte.

BESA IV basiert auf einem Zeitaufwand von täglich über 180 Minuten und ergibt 45 Punkte und mehr.

Das Personal wird anhand des durchschnittlichen Zeitbedarfs, abhängig von BESA-Einstufungen der Bewohnerinnen und Bewohner berechnet. Sie können daraus ableiten, daß das wirtschaftliche Denken zwangsläufig ein Muß ist.

Auf Grund meiner kurzgefaßten Ausführungen und auf Grund der Vorlage bitte ich Sie, der Vorlage mit folgenden Änderungen zuzustimmen.

Seite 5 Änderung des geschätzten Betriebsergebnisses von – Fr. 114'000.00 wie folgt:

Das geschätzte Betriebsergebnis von – Fr. 114'000.00, basierend auf einer Inkraftsetzung per 1.5.2000, wird vermutlich um ca. Fr. 50'000.00 verbessert sein.

Seite 6 Stellenplan Jahr 2000 ändern auf **neu**.

Und zuletzt bei den Anträgen:

Punkt 1: Ändern des Datums vom 20. Juni 2000; **neu: vom 4. Juli 2000**

Punkt 3: ab 1.5.2000; **neu soll es dort heissen: Neu**

Die SPK hat einstimmig bei 3 entschuldigtem Abwesenheiten der Vorlage des Stadtrates zugestimmt."

Walter Hotz (FDP) Fraktionserklärung FDP/CVP und SVP/EDU

"Ergänzend kann ich ihnen mitteilen, daß die FDP/CVP und SVP/EDU der Vorlage zustimmen werden."

Esther Bänziger (SP) Fraktionserklärung *

"Herr Walter Hotz hat Ihnen bereits ausführlich aus unserer Kommissionsarbeit berichtet. Es war also ein unbestrittenes Geschäft, das an einer kurzen Sitzung behandelt werden konnte.

Die SP kann bedenkenlos auf diese Vorlage eintreten und dieser auch zustimmen.

Wir alle wissen ja schon lange, dass sich die sogenannten Altersheime völlig gewandelt haben, d.h. nicht die Heime an sich, sondern die Menschen, die darin wohnen. Sie sind in aller Regel beim Eintritt älter als früher und oft bereits pflegebedürftig. Zudem kann bei diesen alten Menschen eine volle Pflegebedürftigkeit quasi über Nacht eintreten. Eine ältere Tante unserer Familie lebte zwischen 1998 und 1999 im "Wiesli", und wir erlebten es genau so, wie in der Vorlage beschrieben.

Sie trat noch relativ selbständig ins Heim ein, erlitt nach dreiviertel Jahren einen Hirninfarkt und war wie oben erwähnt von einem Moment zum andern ein Vollpflegefall. Die Pflegeabteilung war jedoch belegt, so dass sie in ihrem Zimmer bleiben konnte. Das hat sie selber, so weit sie es realisierte, geschätzt - das Personal vermutlich eher weniger, weil die normalen Zimmer eigentlich nicht dafür eingerichtet sind, d.h. die Infrastruktur fehlt in diesen Stockwerken. Abgesehen davon ist es logisch, dass für Vollpflege mehr Personal benötigt wird!

Die in der Kommission anwesenden Fachfrauen konnten uns genau erklären, wie sich die Situation punkto Personal und baulicher Anpassungen darstellt. Alles in der Vorlage Geforderte kann kompetent und präzise belegt werden. Leider gab es in der Vorlage nur Bewohner, so dass ich an die Bewohnerinnen erinnern musste.

Auch bei den Löhnen in diesem Bereich ist deutlich erkennbar, wie unsere Arbeitsbewertung einfach nicht stimmt. Man beachte beispielsweise die Lohnklassen für Koch und Köchinnen/Pflegende/Handwerker/ Pflegeassistentinnen - sogar die Besoldungsklasse 1 ist vorgesehen! Trotz hartnäckigem Nachhaken konnte mir allerdings niemand sagen, welche Beschäftigung zu verrichten ist, um in die Besoldungsklasse 1 eingereiht zu werden...

Fazit: alles Geplante - personell wie bauseits - ist ausgewiesen und deshalb stimmen wir dieser Vorlage aus Ueberzeugung zu."

Marlise Stöckli (EVP) Fraktionserklärung OeBS/EVP/JPS/GB *

"Sie haben soeben vom Kommissionspräsidenten Walter Hotz detaillierte Informationen zur Vorlage erhalten. Die umfassenden und kompetenten Ausführungen der Heimleiterin, der Leiterin Pflegedienst und der Fachstellenleiterin "Stationäre und ambulante Altersbetreuung" überzeugten die Spezialkommission bereits in der 1. Sitzung von der Notwendigkeit dieser Vorlage.

Die zahlenmässige Zunahme der pflegebedürftigen Heimbewohner und Heimbewohnerinnen und auch deren graduell erhöhte Pflegebedürftigkeit stellen offenbar laufend mehr und höhere Anforderungen an Personal und Infrastruktur. Zusätzlich sind die Vorschriften des KVG einzuhalten, das beispielsweise das BESA-System vorschreibt. Dieses BewohnerInnen-Einstufungs- und Abrechnungssystem macht eine genaue Pflegebedürftigkeits-Abklärung nötig, ermöglicht aber die Rückerstattung vieler Dienstleistungen durch die Krankenkassen.

Mit der Verordnung zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz vom März 2000 wurde überdies die Anstellung einer Pflegedienstleitung unumgänglich.

Mit der integrierten Pflege sollen die Heimbewohner und Heimbewohnerinnen möglichst lange auch bei Krankheit in ihrem Zimmer, das doch noch ihr letztes Stück Heimat ist, gepflegt werden können. Die damit verbundenen baulichen und personellen Massnahmen sind wohl unumgänglich, zumal offenbar schon die aktuelle personelle Besetzung unter dem durch das KVG vorgeschriebenen Stand ist.

Ich persönlich kann dieser Vorlage zustimmen und kann Ihnen mitteilen, dass auch die Fraktion der OeBS/EVP/JPS/GB auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen wird."

Stadtrat Werner Widmer Stellungnahme des Stadtrates

"Ich bedanke mich herzlich für die Wertschätzung der in der Altersbetreuung tätigen Menschen, die schon der Kommissionspräsident in seinem ausgezeichneten Referat dargelegt hat. Neben der personellen und infrastrukturellen Anpassung haben Sie richtig bemerkt, dass wir auch ein Augenmerk auf die betriebsökonomische Seite legen, sodass ich davon ausgehen kann - die Signale sind gesandt worden -, dass Sie dieser Vorlage werden zustimmen können. Ich bedanke mich dafür sehr."

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident, verliest die Seitenzahlen 1 - 6 der Vorlage.

Hier macht der Kommissionspräsident auf die Änderungen aufmerksam, auf welche er bereits in seinem Bericht hinwies:

Seite 5 - Kosten bzw. geschätztes Betriebsergebnis

Das geschätzte Betriebsergebnis von – Fr. 114'000.00, basierend auf einer Inkraftsetzung per 1.5.2000, wird vermutlich um ca. Fr. 50'000.00 verbessert sein.

Seite 6 - Stellenplan Jahr 2000: ändern auf **NEU**

Ansonsten wird das Wort nicht verlangt.

ANTRÄGE

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident, verliest die Anträge auf Seite 7.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrats vom 4. Juli 2000 betreffend integrierte Pflege im Altersheim Wiesli.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

2. Für die baulichen Anpassungen im 3. Stock sowie das dazugehörige Mobiliar und die Geräte wird ein Nachtragskredit von total Fr. 120'000.-- bewilligt.

Dieser Kredit setzt sich zusammen aus

Fr. 50'000.-- zulasten Position 314.40 (a.o. baulicher Unterhalt) sowie

Fr. 20'000.-- zulasten Position 311.60 (Mobiliar und Geräte) und für die Einrichtung des Stationszimmers.

Zusätzlich wird die Rückstellung unter Position 5704.380.00 (Einlage in Fonds für ordentlichen Unterhalt der Altersheime - Kto. 16.462.03 - von Fr. 50'000.-- verwendet.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

3. Der Grosse Stadtrat stimmt der Erhöhung des Stellenplans des Altersheims Wiesli wie folgt zu:

Funktion / Einreihungsplan	BK	alt	NEU	ab 1.1.2001
		%	%	%
Hauswirtschaftliche Betriebsleiterin / Pflegedienstleitung	15-18	100	150	200
Dipl. Pflegepersonal II-I	12-14	500	850	850
Hausangestellte III-I/ Pflegehilfen III-I	01-09	1800	2000	2500
Total		2400	3000	3550

Kein Gegenantrag - so beschlossen

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage bzw. den Anträgen des SR mit **40 : 0 Stimmen** zu.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 MOTION der Fraktionsgem. FDP/SVP/CVP/EDU vom 7.07.2000 Reorganisation der Baubewilligungsverfahren in der Stadt SH

Begründung

Roland Schöttle (FDP)

Sprecher der Fraktionsgemeinschaft *

"Die Stadt Schaffhausen hat sich im Laufe der vergangenen ca. 5 - 10 Jahre im Bereich der speditiven Abwicklung von Baubewilligungsverfahren für Wohnungs-Hochbauten in eine gewisse Immobilität hinein manövriert, die sich immer wieder in verschleppten Baubewilligungsverfahren zeigt. Dabei betone ich, dass sich das Problem mehrheitlich eben in den Bewilligungsverfahren von Wohnungs-Hochbauten ergibt, und explizit nicht in publikums- und werbewirksamen Bewilligungsverfahren von Industriebauten etablierter Firmen und ganz speziell nicht bei Bewilligungsverfahren von ansiedlungswilligen neuen Industriebetrieben. Dort läuft es meistens wie geschmiert und es wird darüber auch gerne berichtet. Es bleibt dabei den Gedanken jedes Einzelnen überlassen, ob bei solchen schleunigen Verfahren eben die gut verkaufbare Publikumswirksamkeit oder die vielleicht ausgesprochenen oder unausgesprochenen gehörigen Hinweise auf die Notwendigkeit einer schnellen Abwicklung aus irgendwelchen bauherrschaftlichen Gründen jeweils den Ausschlag geben.

Wie dem auch sei, richtig ist es und anzustreben ist es für alle Fälle, wenn Baugesuche förderlichst behandelt werden. Aber eben es sollten auch diejenigen von Wohnbauinvestoren oder KMU's sein, die für den Fall einer schleppenden Behandlung vielleicht nicht mit einem Drohfinger Hinweise geben können, sondern auf den Goodwill der Bewilligungsbehörde angewiesen sind, damit ihre Investitionen zum Erfolg führen.

Nun, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es gibt Fälle von verschleppten Baubewilligungen, die für die Bauwilligen auf dem langen Instanzenweg immer wieder auf Nebengeleise kommen mit den entsprechenden terminlichen Hemmnissen. Dabei dreht es sich sowohl um grosse millionenteure Überbauungen, die einen Investor blockieren, wie auch um einen Familienvater, der sein Siedlungshaus in Konsequenz aus seinem erfreulichen Familiennachwuchs um eine Dachgeschossausbaute besser nutzen muss und will, als eben auch um Bauten von Gewerbebetrieben die, bedingt wegen ihres speziellen Branchenangebots, eine entsprechend ausgerichtete Baute erstellen wollen und müssen. Ich will hier und heute nicht die Detaildiskussion zu Einzelfällen auslösen und verzichte auf die namentliche Benennung von Fällen, gebe aber gerne den Hinweis, dass es sich um bekannte Objekte handelt, die in der Altstadt, im Mühlental, auf der Breite, im Gebiet Emmersberg/Buchthalen oder anderswo in der Stadt tatsächlich zu Problemen geführt haben; zu derartigen Problemen, dass Bauwillige nur mit grossem finanziellem Zusatzaufwand in Projektierungskosten und unter Inkaufnahme von Ertragsausfällen zum Ziel kommen, dass sie sich hilfesuchend an treuhänderisch tätige Dritte wenden müssen um sich durchzusetzen, oder sich sogar resigniert von weiteren Bemühungen abwenden und auf das Bauen verzichten. Es gibt Fallbeispiele, die sachlich und dokumentarisch belegt sind.

Es gibt sicher viele und unterschiedliche Gründe, weshalb es zu solchen Problemen bei Baubewilligungsverfahren gekommen ist und kommen kann, die ich hier nicht alle aufzählen will. Aber eine grosse Schwierigkeit gilt es nun tatsächlich einmal zu thematisieren und einer Lösung zuzuführen.

Die allseits bekannte, vom Stadtrat eingesetzte Stadtbildkommission (früher in der Hauptfunktion als "Altstadtkommission" gebildet), hat sich in den letzten Jahren zu einem echten Problem entwickelt. Sie ist weitgehend mutiert zu einem architektonischen Experimentierfeld für persönliche Ansichten der teilweise von auswärts zugezogenen Architekturfachleute, die offenbar innerhalb der Kommission bei der Beurteilung von Bauprojekten immer wieder versuchen, ihr urpersönliches Verständnis von richtiger und guter Architektur und Bauweise zu erklären und in verlangte Veränderungen von Bauprojekten einfließen zu lassen.

Bereits in unserem Motionstext haben wir darauf hingewiesen, dass dies im Produkt immer wieder zu verlangten zeit- und geldaufwändigen Projektänderungen führt, die im schlussendlichen Produkt oft weder die von den Bauherrschaften beauftragten Architekten, noch die Öffentlichkeit befriedigen können. Der offenbar ausgeprägte Selbstverwirklichungsdrang von architektonisch vorausgerichteten Kommissions-Mitgliedern mit ihren immer wieder vorkommenden Änderungswünschen in Richtung ihres Architekturverständnisses, führt bei Investoren zu einer gewissen Mutlosigkeit, nützliche Projekte anzugehen.

Unsere Motion verlangt, dass wir uns in Schaffhausen von einer belastenden Verfahrensform freischütteln und uns wieder zu kurzen Entscheidungswegen über eigene, hauptamtlich tätige, die örtlichen Verhältnisse kennende und kompetente Fachleute des Hochbauamtes entscheiden. Es ist nicht einzusehen, dass der Stadtbaumeister mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und den übrigen Fachleuten des Bau- und Umweltreferates zusammen nicht in der Lage sein sollte, eingegangene - von Architekten erstellte und durch sie geprägte - Bauprojekte auf die Konformität zu unseren baugesetzlichen, bauordnungsmässigen und zonengerechten Regelungen zu prüfen, und in der Projektentwicklungsphase zudem noch kompetenter Gesprächspartner für die Projektierenden zu sein. Es muss unterbunden werden, dass die heutigen Fach-Mitglieder der vorprüfenden (nichts entscheidenden) Stadtbildkommission gezwungen sind, ihre Anwesenheit durch Aktivismus zu legitimieren, der schlussendlich zu Behinderungen führt. Und dieser Eindruck ergibt sich tatsächlich in vielen Fällen leider immer wieder. Jeder will etwas zur vermeintlichen Verbesserung eines Projektes beitragen und behindert und verformt dieses damit oft.

Jeder Architekt neigt dazu, an einem Projekt eines Fachkollegen noch etwas nach seinem Verständnis verbessern zu wollen, so wie er es aus seiner Optik und aus seinem Berufsempfinden heraus versteht. Architektur ist ja der Ausdruck für Baukunst oder Baustil. Praktisch jeder Architekt will Künstler sein und oft auch seinen eigenen Baustil prägen. Übrigens meine ich, dass dies an sich ein legitimes Bedürfnis ist, das ein Architekt haben soll. Allerdings wird es dann in unserem Fall zum echten Handicap, wenn Architektur in einer amtlichen oder halbamtlichen Rolle gewissermassen aufoktroiert werden kann. Das wird dann zum akuten Problem, das wir heute in Schaffhausen haben und lösen müssen.

Schaffhausen muss wieder die direkten, kurzen und effizienten Wege wählen und die Trägheit auslösende Stadtbildkommission ersatzlos abschaffen.

- Das Hochbauamt unter kompetenter Führung eines Stadtbaumeisters und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll alleinige Prüfungsinstanz und antragsstellende Instanz für den Stadtrat werden (selbstverständlich unter Berücksichtigung der Kompetenzbereiche des Kantons bei entsprechenden Bauobjekten).
- Die Bewilligungsverfahren müssen in Übereinstimmung mit den heute günstigen Vorgaben aus dem kantonalen Baugesetz in kleinen, kompetenten Gremien aus dem Bau- und Umweltreferat, schneller und mit einem Schaffhauser-Stil durchgeführt werden können
- Kosten als Folge komplizierter und dauernder Verfahren, ausgelöst durch Wunschbefriedigungen für die Stadtbildkommissionsmitglieder, müssen künftig sowohl für die Stadt und den/die SteuerzahlerInnen, als auch für die Bauwilligen wegfallen und effizienten Bewilligungsverfahren Platz machen.
- Projektierenden Architekten sollen die Fesseln der individuellen, teilweise projektverändernden Wünsche von Architekturkollegen mit Pseudokompetenzen abgenommen, und ihnen die Entfaltung der eigenen Projektvorstellungen wieder ermöglicht werden.

- Und schlussendlich soll Schaffhausen sich mit der Abschaffung der Stadtbildkommission wieder den Ruf einer effizienten Baubewilligungsbehörde für Investoren und private Baubeflossene auch ausserhalb von publizitätsträchtigen Baubewilligungen für Industriebauten zurück holen.

Wir bitten Sie, unsere Motion zu überweisen und damit den Stadtrat auf die Straffung der Baubewilligungsverfahren und für die Kompetenzerteilung an die amtierenden Fachleute im Bau- und Umweltreferat zu verpflichten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Traktandum 4 MOTION Leonhard Ott (OeBS) vom 14.08.00 - "Ersatz für Stadtbildkommission" Begründung

Leonhard Ott (OeBS) Motionär *

"Bauen spielt in unserer Kultur eine zentrale Rolle. Wer baut, geht gegenüber der Allgemeinheit eine Verpflichtung ein, denn kaum eine andere Tätigkeit tangiert unsere Umwelt so wie das Bauen.

Bauen erfordert viel Geld, und wo Geld im Spiel ist, da gibt es auch Missbrauch von Macht. Das wissen Sie, meine verehrten ZuhörerInnen, ebenso gut wie ich.

Wir leben im Zeitalter der zunehmenden Individualisierung. Der Mangel an gegenseitiger Rücksichtnahme zerstört das Zusammenspiel der Bauten. In diesem Umfeld entstehen Bauten als konsumierbare Massenware, welche sich einzig mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten beziehungsweise mit Marktzwängen rechtfertigen lassen.

Wir alle leiden, bewusst oder unbewusst, unter der zunehmenden visuellen Umweltverschmutzung. Die Gefahr besteht, dass unsere Wahrnehmung abgestumpft wird, und dass wir uns allmählich an all die Hässlichkeiten gewöhnen.

Die Tatsache, dass die Öffentlichkeit und einige wenige private Bauträger vorbildliche Bauten realisieren, genügt noch lange nicht. Wir wissen, dass mit den Bauvorschriften allein nur schlimmste Auswüchse verhindert werden können. Im Wissen um diese Tatsache wurden besondere gestalterische Vorschriften für die Altstadt und für schützenswerte Quartiere erlassen. Diese Vorschriften lassen qualitative Ermessensfragen offen.

Daraus folgte seinerzeit die wichtige Erkenntnis des Stadtrates, dass qualitativ schwierige Baubewilligungs- und Gestaltungsfragen nicht der Verwaltung allein überantwortet werden dürfen, und er hat das Gremium der Altstadtkommission geschaffen. Um auch die schützenswerten Aussenquartiere einzubeziehen, wurde diese Kommission später, ohne Änderung der Zusammensetzung, in Stadtbildkommission umbenannt.

Die nicht zu überhörende Kritik an der Arbeit dieser Kommission und der Ruf zu deren Abschaffung dürfen uns jedoch nicht dazu verleiten, die ihr zugrunde liegende Idee zu vergessen. Eine ersatzlose Eliminierung unter dem Modewort "Deregulierung" hiesse, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Im Bewusstsein, dass die Stadtbildkommission über die Jahre, meist im Stillen, auch gute Arbeit geleistet hat, komme ich auf einige kritische Punkte zu sprechen:

1. In der jetzigen Stadtbildkommission fehlt das Prinzip der Gewaltentrennung. Exekutivvertreter, Interessenvertreter, Fachleute und Verwaltung sind im selben Gremium zusammengefasst.
2. Fachleute der Kommission waren verschiedentlich auch Auftragnehmer oder Jurymitglieder bei Projekten, welche wiederum durch die selbe Kommission beurteilt wurden. Mit Verlaub gesagt: solches geht in Richtung Filz.
3. Die viel zu lange Amtsdauer der Kommissionsmitglieder, besonders der Fachmitglieder, behindert eine erforderliche Lebendigkeit und Unvoreingenommenheit bei der Beratungsarbeit. Bei langer Verweildauer erstirbt die gegenseitige grundsätzliche Diskussion und macht damit formalistischen Empfehlungen Platz. Einsprachen, Verweigerungen, und schlussendlich sogenannte Planungsleichen waren zuweilen in der Vergangenheit die Folge.
4. Fachleute, welche eigene formale Vorstellungen und Vorlieben in eine Beurteilung projizieren, sind diejenigen, welche Ratskollege Schöttle kritisiert. Sie sind für eine solche Kommissionsarbeit natürlich nicht geeignet. Es gilt also auch bezüglich Kritik an den Fachleuten in der Kommission zu differenzieren und nicht den Fehler zu begehen, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Wie erwähnt komme ich mit diesen Bemerkungen zum Schluss, dass die ursprüngliche Erkenntnis und Absicht des Stadtrates zu würdigen ist. Das Mittel, mit welchem die Absicht verfolgt wurde, muss grundsätzlich überdacht, geklärt und damit qualitativ verbessert werden.

Und jetzt zu einigen Bemerkungen zu unserer Motion mit einigen Vorschlägen:

Wir beauftragen den Stadtrat, dass er die bestehende Stadtbildkommission durch ein kleineres und damit effizienteres Fachberaterteam ersetzt.

1. Wir erwarten, dass dieses Team nur ausgewählte Entscheide zu bearbeiten hat. Das sind ortsbildrelevante Fälle und selbstverständlich grössere Eingriffe in der Altstadt und in Quartierschutzgebieten. Das Hochbauamt soll möglichst viele Baugesuche und Fragestellungen selber bearbeiten und erledigen. Dazu sind Personen und Fachkompetenz vorhanden. Die Konzentration des Fachberaterteams auf das Wichtige und Wesentliche bringt Vorteile gegenüber der jetzigen Stadtbildkommission auch auf der Kostenseite.
2. Zur Arbeit des neuen Fachgremiums leistet das Hochbauamt Informationsarbeit und unterstützt mit denkmalpflegerischen und baurechtlichen Beiträgen.

3. Wie gesagt, soll das neue Fachgremium möglichst klein gehalten werden: 2 - 4 Fachleute, der Neutralität zuliebe vorwiegend Auswärtige, z.B. drei Personen fest, eine Person als Ersatz. Die Fachleute stammen aus den Fachgebieten Architektur, Stadtplanung und Umweltgestaltung.
4. Sehr wichtig ist unsere Forderung nach rotationsweiser Wahl. Das heisst, ein Mitglied verweilt z.B. max. vier Jahre im Amt, jedes Jahr wird eine Person neu gewählt. Während der ersten Amtsjahre entscheidet jeweils das Los, wer einer Neuwahl zu weichen hat. Mit dieser Einrichtung wird eine lebendige Meinungsbildung bei genügend personeller Kontinuität gewährleistet.
5. Die Fachleute bestimmen aus ihrer Mitte Federführung und Vorsitz, sowie den Sachbearbeiter, welcher jeweils die Aufgabe vorbereitet. Der Stadtbaumeister ist Vermittler zwischen Stadtrat und Fachgremium. Nach Bedarf soll er - bei Stimmenthaltung - an den Sitzungen teilnehmen.
6. Das bestehende Pflichtenheft der heutigen Stadtbildkommission kann in abgeänderter Form weiterhin Verwendung finden.
7. Zur Wahrung einer grösstmöglichen Unabhängigkeit sollten Wahlvorschläge ausserhalb der Verwaltung, z.B. durch den S.I.A. erfolgen. Es ist auch denkbar, dass eine Vorschlaggruppe gebildet wird, bestehend z.B. aus in der Vergangenheit erfolgreichen Projektwettbewerbsgewinnern. Dies würde den Wahlvorschlägen eine gewisse Qualität verleihen. Die Wahl des Fachberaterteams erfolgt wie bis anhin durch den Stadtrat.

Das sind alles lediglich Vorschläge. Es ist mir klar, der Stadtrat muss die Konstituierung der Kommission vornehmen.

Eine Stadtbildkommission oder einen Planungsbeirat in irgendeiner Form gibt es in vielen Städten:

Die Stadt Zug z.B. unterhält eine kleine Fachkommission (Stadtbildkommission), deren Mitglieder in Rotation ersetzt werden, ähnlich unserem Vorschlag für Schaffhausen. Das Gremium arbeitet dort offenbar gut. Im Weiteren könnte man Aarau, Winterthur usw. erwähnen: Es gibt dort Beratergremien in verschiedenen Zusammensetzungen.

Zur Illustration noch ein kurzer Blick ins Ausland: Ich erinnere mich an eine Exkursion zum Stadtplanungsamt in Rotterdam. Hier wird planerisch und architektonisch exemplarischer Städtebau betrieben. Vier bis fünf freie Architekten in wechselnder Zusammensetzung überwachten in der Nachkriegszeit das Richtplanverfahren und die Baubewilligungen beim Wiederaufbau der durch die deutsche Luftwaffe zerstörten Stadt. Das Nachfolgegremium ist heute eine Gestaltungsstiftung, und besteht nach wie vor aus Privatleuten aus dem Kreis der Kulturschaffenden, aus Malerei, Städtebau, Architektur usw. Den Holländern ist offenbar selbstverständlich, dass Kultur Freiheit erfordert, aber die Öffentlichkeit einbezogen werden muss. Die Kultur inspiriert solchermassen auch das politische Leben.

Liebe ZuhörerInnen, mit dem Ersatz bzw. der Reorganisation der heutigen Stadtbildkommission beschreiten wir einen bewährten Weg.

Die Verwaltung und der Stadtrat erhalten einen unabhängigen fachlichen Beistand. Die Stadt lässt erkennen, dass sie Wert legt auf eine mehr als nur rein quantitative Stadtentwicklung.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen. Wir sind gespannt auf Ihre Meinungsäusserungen und besonders auf das Agieren des Stadtrates. Dafür meinen Dank zum Voraus."

Traktandum 5 INTERPELLATION Josef Eugster (SVP) vom 7.07.00 Kommissionen im Bau- und Umweltreferat Begründung

Josef Eugster (SVP) Interpellant *

"Ich kann mich kurz fassen. Einiges, was auch bei mir ansteht, ist schon erwähnt worden.

In verschiedenen Diskussionen ist immer wieder die Rede von Kommissionen und/oder Arbeitsgruppen.

Es muss eine grössere Anzahl solcher Kommissionen geben, die mir nur teilweise bekannt sind. Nach meinen Informationen bestehen auch Kommissionen, die höchstens 1 x pro Jahr - wenn überhaupt - eine Sitzung einberufen.

Ich frage mich nun, ob dies sinnvoll ist oder nicht. Ganz sicher bin ich jedoch, dass diese grosse Anzahl von Kommissionen und Arbeitsgruppen zu Überschneidungen und Doppelspurigkeiten führt.

Zudem sind nach meiner Ansicht die MitarbeiterInnen aus der Verwaltung, die von Amtes wegen in diesen Kommissionen Einsitz nehmen (müssen), von ihren eigentlichen Aufgaben stark absorbiert.

Im Weiteren würde mich interessieren, ob die Aufgaben der Kommissionen klar formuliert sind und ein entsprechender Auftrag erteilt wurde.

Ich könnte mir vorstellen, dass durch die Zusammenlegung und Straffung wesentlich mehr Effizienz erreicht würde. Zudem wäre auch hier ein gewisses Sparpotential vorhanden.

Im Besonderen interessiert mich, wie die Stadtbildkommission, deren Tätigkeit und Entscheide teilweise sehr fragwürdig sind, organisiert ist.

Ebenfalls möchte ich wissen, wie die Planungskommission strukturiert und organisiert ist. Ist der Stadtrat im Rahmen der Reorganisation bereit, die wichtige Planungskommission zu einer Planungs- und Stadtbildkommission aufzuwerten?

Das sind meine Fragen.

Nun bin ich gespannt auf die Beantwortung durch den Stadtrat."

Traktandum 6 INTERPELLATION Ernst Spengler (SVP) vom 15.08.00 "Exodus" im Altersheim Steig

Ernst Spengler (SVP) Interpellationsbegründung *

"Wie die meisten unter Ihnen wissen, bin ich nicht bekannt als Viel- und Langredner. Gestatten Sie mir jedoch, heute ein wenig weiter auszuholen.

Wenn ein betagter Mensch mit dem Eintritt in ein Heim konfrontiert wird, ist das für ihn in der Regel ein a.o. schwerer Schritt. Dies heisst, sehr vieles, liebgewordenes aufzugeben: den gewohnten Tagesablauf, die eigene, vertraute Wohnung samt Ausstattung, die Nachbarn, die ganze Umgebung usw. Man wird konfrontiert mit einem neuen Personenkreis, muss sich im Heimbetrieb einfügen und ihm unterordnen.

Um unseren Betagten diesen Schritt zu erleichtern und ihnen den letzten Lebensabschnitt so angenehm wie möglich zu gestalten, sind zwei Grundvoraussetzungen nötig:

1. Eine gut ausgebaute Infrastruktur in den Heimen
2. Motiviertes Personal auf allen Stufen, das seine Arbeit mit Herz leistet.

Zu Punkt 1: Der Ausbaustandard der städt. Heime darf sich nach dem kürzlich abgeschlossenen Umbau des "Huus Emmersberg" sehen lassen. Dies ist sicher mit ein Verdienst des Stadtrates, haben doch die Stimmberechtigten den Altersheimvorlagen immer wieder klar zugestimmt. Der ganze Ausbaustandard ist jedoch nur der eine Teil. Dazu braucht es noch Punkt 2 - das motivierte Personal. Betreuerinnen und Betreuer, die ihren Dienst an den Betagten mit Freude verrichten, sind wie der wärmende Stubenofen im kalten Winter. Das gibt den BewohnerInnen "Nestwärme". Auch eine gewisse Konstanz im Personalbereich ist notwendig; man strebt eine sog. Beziehungspflege an.

Wenn nun in einem Heim innerhalb von 8 Monaten ein Drittel des Personals den Dienst quittiert, wird man hellhörig. Aus diesem Grund erfolgte auch mein Vorstoss. Dass ich damit in ein Wespennest gestochen habe, wurde mir sehr bald bewusst. 2 Tage nach dem Einreichen der Interpellation bekam ich im Laufe des Nachmittages von einer aussenstehenden Person die Mitteilung, dass bereits ein HeimleiterInnen-Krisengipfel tage. Bestätigt wurde dieser Eindruck zudem durch die eingehenden Telefonanrufe und Briefe - und zwar nicht nur betreffend des Altersheims Steig, sondern auch bezüglich Wiesli. Ich werde mich deshalb auch darüber äussern, wird doch in Frage 6 meiner Interpellation Auskunft über alle Heime verlangt.

Nun aber der Reihe nach. Anfänglich war bei vielen Betroffenen grosse Zurückhaltung, ja Angst vor Mobbing und Stellenverlust zu spüren. Der Artikel in der AZ vom 31. August 2000 hat dann bei verschiedenen Leuten das Eis gebrochen. Wie im erwähnten Artikel vermutet, bestehen tatsächlich Führungsprobleme.

Da ist zum einen die Pflegedienstleitung. Dazu einige Zitate aus Briefen:
Ich erlebte sie in fachlichen und menschlichen Bereichen überfordert.

Mit ihren ständig wachsenden Forderungen an das Personal und mit ihrem diktatorischen Verhalten fühlte ich mich und meine Kollegen und Kolleginnen als Sklaven behandelt.

Aus einem anderen Brief: *Sie war extremen Launen unterworfen und lebte diese in einer Art und Weise aus, welche das Arbeitsklima stark beeinträchtigte. Anstatt das Pflegepersonal anzuleiten und zu motivieren, setzte sie es permanent unter Druck und demonstrierte ihre Macht.*

Dann aus einer Besprechung mit einer ehemaligen Mitarbeiterin: *Fachliches Mitdenken wird absolut beschnitten.*

Aus einem Brief: *Dass sie eine Mitarbeiterin vor den Augen der BewohnerInnen anschrie und schüttelte, kam mehr als einmal vor.*

Solche Zustände sollten eigentlich der Heimleitung nicht verborgen bleiben, umso mehr, als es in einem Brief heisst: *Unsere Bemühungen, bei der Heimleitung Hilfe und Unterstützung zu bekommen, scheiterten allesamt kläglich oder bewirkten sogar das Gegenteil. Mir gegenüber hat sich der Heimleiter mit den Worten geäussert: "Eine harte Führung ist notwendig, es ist nicht schlecht, wenn das Personal Angst hat, Frau X macht ihre Sache sehr gut."*

Meine Damen und Herren, wenn ich in einem solchen Stil den Umgang mit meinen Kühe pflegte, hätte ich garantiert schon morgen den Tierschutz in der Bude.

Man kann sich leicht vorstellen, wie sich ein solches Klima auf die Betagten auswirken muss.

Weiteres Zitat: *Mehrmals beantragte das Pflegepersonal eine externe Supervision, was als absolut unnötig abgetan wurde.*

Gerügt wird auch die schlechte Informationspolitik. So mussten die BewohnerInnen aus den Medien vom Umbau des Altbaus erfahren. Angestellte erfuhren via Anschlagbrett, dass sie neue Aufgaben übernehmen werden, ohne Vorgespräch "nota bene". Es ist sicher verständlich, dass nach all dem berechnete Zweifel an der Qualität der Führungsscrew aufkommen.

Unbegreiflich ist aber auch die Äusserung des Heimreferenten im Artikel der AZ - Zitat: *Er sei bis anhin nicht um Hilfe angegangen worden.* Er wusste bestimmt nicht erst seit Einreichung der Interpellation um die Situation im Heim Steig, kommt doch jede Personalmutation auf seinen Tisch. Er hat es offenbar nicht für nötig erachtet, seine Führungs- und Aufsichtspflicht wahr zu nehmen.

Und nun zum Altersheim Wiesli:

Wie eingangs erwähnt, kamen auch von dort unerfreuliche Meldungen. Um es gleich vorweg zu nehmen: Ein Heimleiterwechsel bringt immer Veränderungen mit sich. Nicht alles Bisherige ist gut und alles Neue schlecht und umgekehrt. Es sind aber seit dem Wechsel vor zwei Jahren einige Begebenheiten vorgefallen, die aufhorchen lassen. Da ist die Stelle in der Administration; sie ist seit dem Heimleiterwechsel schon mit der dritten Stelleninhaberin besetzt. Bei ihrem Einstieg verkündete die neue Leitung folgendes: *In den nächsten paar Jahren gibt es keine Gehaltsverbesserungen, alle sind zu hoch eingestuft.* Ob das so ist, bleibe dahin gestellt, aber für die Betroffenen ist dies ein wahrer Motivationsschub. Nicht alle sind auf einen Höchstlohn angewiesen; sie tun diesen Dienst oft zum Wohl der Betagten, und das sind doch diejenigen, die am meisten Wärme ausstrahlen. Wenn man aber immer wieder zu spüren bekommt, man sei zu teuer, verliert man die Motivation.

Es stellt sich die Frage, wie unter solchen Umständen eine MitarbeiterInnen-Qualifikation noch möglich ist, insbesondere wenn es dann noch heisst: *Besser als in Stufe C kann niemand sein, wem es hier nicht passt, kann gehen.*

Der Heimreferent hat bei anderen Gelegenheiten mehrmals betont, das Pflegepersonal sei zu tief eingestuft. Wenn man das dem Vorerwähnten gegenüber stellt, bekommt man ein ungutes Gefühl. Für diesen Zwiespalt sind evtl. zwei Erklärungen möglich: Entweder sind Worte und Taten zwei Gegensätze oder der Heimreferent ist nicht im Bild, wie es in seinem Laden läuft.

Weiteres Detail: Sämtliche Angestellte wurden von der neuen Leitung aufgefordert, ihre Bewerbung samt Lebenslauf neu einzureichen, weil angeblich nichts mehr vorhanden sei, was sich später als nicht richtig erwies.

Weiteres Beispiel: Der Personalbestand ist wegen Krankheit reduziert. Die Heimleitung will in die Ferien. Über die Administration lässt sie verlauten: *Wenn es nicht mehr geht, müsst Ihr das Militär oder den Zivilschutz anfordern.* Das ist gelinde gesagt ein eigenartiges Verantwortungsbewusstsein gegenüber den HeimbewohnerInnen.

Dass in einem Heim klare Strukturen bestehen müssen, ist selbstverständlich, dass es einen Dienstweg gibt, ebenfalls. Dass aber jedes und alles - auch das kleinste Detail - über den Dienstweg laufen muss, lähmt jede Eigeninitiative; Mitdenken auch hier nicht gefragt. Zum Schutz der Informanten nenne ich hier keine Details, aber es kam mir teilweise vor wie auf der Vorschulstufe. Ein Zitat aus einem Gespräch: *Man wird für dumm angeschaut.*

Weiteres Detail: In der ersten Hälfte Dezember 1999 wurde - um allfällige Leerläufe zu eliminieren - eine genaue Zeiterfassung der Arbeitsabläufe durchgeführt. Auf die Minute genau musste alles aufgeschrieben werden. Sicher ein gutes Instrument, um Verbesserungen anzubringen. Unglücklicherweise fiel diese "Übung" in eine Zeit mit reduziertem Personalbestand und Grippepatienten. Das Personal hat sich aber ins Zeug gelegt und dies durchgezogen. Fazit: Bis heute hat man keine Silbe über ein allfälliges Ergebnis vernommen. Da fühlt man sich echt verschaukelt. Unter diesen Aspekten kommen Zweifel auf an der Personalpolitik. Es sei hier die konkrete Frage erlaubt, welche fachlichen Prämissen massgebend waren für die Besetzung der Heimleiterstelle.

Zum Schluss noch ein Detail zum Info-Stand des Heimreferenten. Zwei ehemalige Mitarbeiterinnen des Wiesli haben sich schriftlich an den Heimreferenten gewandt, eine Antwort blieb aus. Dann plötzlich nach dem Einreichen der Interpellation hatte die eine Person einen Anruf auf ihrem Telefonbeantworter: *Wenn es noch etwas zu besprechen gäbe, wäre er bereit.*

Soweit vorerst meine Ausführungen. Meinen Damen und Herren, bedenken Sie bitte, dass es bei dieser ganzen Angelegenheit schlussendlich immer um unsere Betagten geht, die auf Hilfe angewiesen sind.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Stadtrat Werner Widmer Stellungnahme des Stadtrates *

"Es ist nicht ganz einfach, in dieser Vermischung drin eine klare Antwort zu geben. Ich werde mich zunächst einmal auf die eigentliche Interpellation beschränken, die das Altersheim Steig angeht. Ich glaube, dass wir uns einig sind, dass die einzige Ausrichtung, die wir haben müssen, das Wohlergehen der BewohnerInnen in unseren städtischen Heimen ist. Das gebe ich hier jetzt ganz klar und dezidiert zum Ausdruck und bringe auch einige Testimonials - auch was das Altersheim Steig anbetrifft, dass da die Betreuung und das Klima in jedem Bereich absolut stimmen. Auch wenn das in Teilbereichen beim Personal nicht der Fall ist - ich komme darauf zurück -, kann man jetzt nicht sagen, dass durch gewisse Querelen, ausgelöst durch ausgetretene Mitarbeiterinnen, irgend etwas spürbar ist in diesen Heimen.

Jetzt zur eigentlichen Beantwortung:

Im Zusammenhang mit dem Neuaufbau des Pflegehauses im städtischen Altersheim Steig ist es zu Kommunikations- und Organisationsproblemen gekommen, die zu Unzufriedenheit und Differenzen im Personal geführt haben. Dies führte zu 5 Kündigungen. Nachweislich wurde dennoch zu jeder Zeit eine gute Betreuung und Begleitung der HeimbewohnerInnen gewahrt.

Die einzelnen Schritte:

1998 bewilligt der Grosse Stadtrat die Umnutzung des Altbaus Steig in ein Pflegehaus - 14 neue Stellen.

1999 Das Personal für das Pflegehaus wird neu eingestellt.

1 bis 3 Monate werden für die Einarbeitung der MitarbeiterInnen auf der Pflegestation des Steig benötigt. Das ist schon einmal ein zusätzlicher Aufwand, der Stress-Situationen begünstigt.

Einsetzung einer Co-Leitung für das Pflegehaus unter der Führung der Pflegedienstleitung, welche zwar nicht namentlich genannt, aber recht unter Beschuss genommen wurde.

Im September Beginn der Belegung des Pflegehauses.

Kommunikationsprobleme, Organisationsprobleme -

Differenzen zwischen Pflegehausleitung und überstellter Pflegedienstleitung.

Im November unterstellt der Heimleiter das Pflegehauspersonal -

(7 MitarbeiterInnen) direkt der Pflegedienstleitung.

Das Personal wird nicht mehr fix zugeordnet, sondern sowohl im Pflegehaus als auch auf der Station im Steig eingesetzt.

Einige Pflegehaus-MitarbeiterInnen fühlen sich dadurch ihrer Autonomie beraubt und sind mit der Umstrukturierung nicht zufrieden.

Das hat dann zu diesen insgesamt 5 Austritten geführt. Die anderen MitarbeiterInnen kündigten aus anderen, nachvollziehbaren Gründen.

2000 Betriebsorganisation und Stimmung unter den MitarbeiterInnen - ich spreche zum Altersheim Steig - stabilisierten sich wieder. Im 3. Quartal 2000 hat nur 1 Personalabgang wegen Pensionierung statt gefunden.

Den MitarbeiterInnen, die täglich die anspruchsvolle und menschlich fordernde Aufgabe so liebevoll erfüllen, gehört Dank und die Anerkennung ihrer Arbeit.

Zu den einzelnen Fragen des Interpellanten:

1. "Worauf ist diese sehr hohe, aussergewöhnliche Fluktuationsrate zurückzuführen?"

Der überwiegende Teil der Personalabgänge erfolgte aus normalen, gut nachvollziehbaren Gründen wie Pensionierung, Mutterschaft, Rückkehr ins Heimatland, Pflege einer Angehörigen zuhause, Ausbildung, Berufswechsel, Verkürzung des Arbeitswegs, Verbesserung der Arbeitszeiten oder des Gehalts. Den Gründen für diese Austritte sind wir nachgegangen, die Aufsichtspflicht hat funktioniert.

In wenigen Fällen gaben die Mitarbeiterinnen auch Überforderung, Ausgebranntsein und mangelnde Motivation an. Leider führen die menschlich anspruchsvollen und fordernden Aufgaben der Alterspflege und Altersbetreuung bei nicht sehr lukrativem Gehalt immer wieder zu solchen Fluktuationen. Dabei ist die Personalsituation in den Schaffhauser Altersheimen und insbesondere im Steig noch gut, während andern Orts in der Schweiz Alterspflegestellen nicht besetzt werden können. Dies ist sicher auch ein Verdienst einer guten Führung aller Beteiligten in den städtischen Heimen.

Fünf MitarbeiterInnen äusserten Unzufriedenheit als Grund ihres Abgangs. Vier von ihnen arbeiteten im Pflegehaus, wo ein neues Konzept umgesetzt werden sollte. Hier zeigten sich diese Unstimmigkeiten, die ich angesprochen habe. Eine Mitarbeiterin von der Station war mit Dienstzeiten und Einsatzplan nicht zufrieden.

Ich komme an dieser Stelle noch zurück auf eine Bemerkung. Ich habe in der Tat bei meinen Pendenzen einen Brief gefunden, den ich weiter geleitet habe. Ich habe mich lediglich persönlich erkundigt, ob das erledigt sei. Diese Frau hat mir geschrieben, hat sich bedankt dafür. Deshalb muss ich hier nicht irgendwie eine Schelte einstecken, ich hätte da zu spät reagiert.

2. "Sind diese Austritte ein Ausdruck allgemeiner Unzufriedenheit des gesamten Personals im Altersheim Steig?"

Aus den Kündigungen kann keine allgemeine Unzufriedenheit im Heim abgeleitet werden. Dies wird von der beigezogenen externen Beraterin - es gab und gibt also eine Supervision, bevor Sie die Interpellation eingereicht haben - bestätigt. Aber auch der Heimarzt, mit dem ich selber gesprochen habe, bestätigt, dass dieser Schluss - allgemeine Unzufriedenheit wegen Führungsschwächen - nicht angeführt werden kann. Der Heimarzt unterstützt auch die konzeptionellen Entscheide des Heimleiters. Natürlich hat er zuerst eine Co-Leitung eingesetzt. Aber nachher - als er gesehen hat, dass das aus den angegebenen Gründen nicht funktioniert, hat er seine Führungsaufgabe wahr genommen, das wieder zurück gezogen und der Pflegedienstleitung unterstellt. Der Heimarzt schildert das Klima im Pflgeteam als gut und motiviert, diese Einschätzung wird wie erwähnt durch die externe Beraterin bestätigt. Auch sie äussert, dass das Klima stabil ist und Veränderungen konstruktiv angegangen werden. Die öffentliche Art einer Interpellation schätzt sie als Belastung für das Team ein, vor allem, nachdem jetzt zwei HeimleiterInnen sowie eine an wichtiger Stelle tätige Fachfrau hier im Parlament kritisiert werden.

Im Pflgeteam des Heims Steig sind derzeit 30 Stellen besetzt, darunter sind 12 langjährige MitarbeiterInnen, die im Durchschnitt bereits 8 Jahre im Altersheim Steig

arbeiten, welches vor knapp 10 Jahren eröffnet wurde. Sprechen Sie einmal mit diesen Leuten. Es kommt mir ein bisschen so vor, wie wenn man bei einer Schulklasse mit 25 SchülerInnen mit 3 oder 4 spricht, die aus irgend einem Grund nicht zufrieden sind und dann das Ganze irgendwie in den Dreck zieht.

In der Ökonomie sind 14,5 Stellen besetzt. Davon sind 10 langjährige MitarbeiterInnen.

Über die Ursache der Unzufriedenheit im Pflegebereich habe ich mich schon geäußert; da muss ich mich nicht mehr wiederholen. Man muss noch etwas anderes sehen. Bei einer Neustrukturierung gibt es angespannte Situationen, das gibt es auch in anderen Abteilungen, das ist nichts Fremdes. Da muss man Akzeptanzen finden. Aber es kommt noch etwas hinzu.

Zunehmend werden in den Altersheimen Betagte mit psychogeriatrischen Krankheiten betreut, die je nach Schwere der Krankheit und Symptome einen eigenen, auf sie abgestimmten Rahmen brauchen, so auch im neuen Pflegehaus im Altbau Steig. Die Betreuung der psychogeriatrischen BewohnerInnen ist anspruchsvoll. Der Aufbau einer solchen Pflegestation mit 14 neuen Stellen ist sogar sehr anspruchsvoll und fordert sämtliche MitarbeiterInnen intensiv. Das Konzept dafür wurde sorgfältig erarbeitet; in der Umsetzung geschahen dann aber - das muss man zugeben - einige Fehler.

Wie erwähnt zog der Heimleiter daraus die Konsequenzen und ordnete die Führung der Station vorübergehend wieder der Pflegedienstleitung zu. Heute hat ein gut vorbereitetes Team die Führung und Betreuung des Altbaus wieder selbst übernommen, und es funktioniert.

3. "Liegt die Ursache allenfalls In den Führungsqualitäten des zuständigen Heimleiters?"

Sicher sind einige der Fehler in der Umsetzung des Konzeptes der Führungsebene zuzuschreiben. Den Risiken, die mit dem Aufbau des neuen Pflegehauses neben der bestehenden Pflegestation verbunden waren, ist man nicht immer ganz gerecht geworden. Man hat vielleicht anfänglich zu wenig auf eine personelle Durchmischung des bestehenden und des neuen Betriebs geachtet und zu wenig auf hierarchieerprobtes Personal gesetzt.

Um die Organisationsprobleme im Pflgeteam aufzufangen, wurden vom Heimleiter zügig geeignete Massnahmen eingeleitet. Mit dem schnellen Eingestehen der Umsetzungsfehler gegenüber den MitarbeiterInnen handelte er flexibel, mutig und professionell. Wir haben daher keine Ursache, an den Führungsqualitäten des Heimleiters zu zweifeln.

Der Heimleiter hat einen guten Leistungsausweis und das Heim seit neun Jahren ohne grosse Probleme geführt. Die BewohnerInnen fühlen sich, wie eine Befragung ergab, wohl und gut betreut.

Ich habe selber mehrere Gespräche geführt, unter anderem mit einer ausgetretenen Mitarbeiterin, dem Heimarzt und der Supervisorin.

5. "Konnten die entstandenen Vakanzen in der Zwischenzeit wieder besetzt werden? Welche finanziellen Konsequenzen haben sich daraus ergeben?"

Zu keiner Zeit war der Personalbedarf ungedeckt. Ausgetretenes Hausdienst- und Küchenpersonal konnte sofort wieder ergänzt werden. Beim Pflegepersonal wurde der Stellenplan für die Betreuung im Pflegehaus um 8 Stellen erhöht. Davon sind 5,5 Stellen besetzt und heute noch 2,5 Stellen vakant. Im Pflegehaus sind aber auch noch nicht alle Betten belegt, so dass sich Stellenschlüssel und Anzahl Betten entsprechen.

Aus den Personalabgängen haben sich keine finanziellen Konsequenzen ergeben. Auch die noch nicht abgeschlossene Bettenbelegung hat im Pflegehaus keine Mehrausgaben erbracht, da das Personal jeweils nach der aktuellen Belegungsquote eingestellt wurde. Der personelle Wechsel hat aber zu einer Mehrbelastung des Personals geführt.

Die einzige Ausgabe aus den Umsetzungsschwierigkeiten des Pflegehauskonzepts resultiert aus den Beratungsleistungen der Supervisorin und wird aus dem Budget für Weiterbildung gedeckt.

6. "Wie präsentiert sich die Personalsituation in den übrigen städtischen Heimen?"

In allen anderen Heimen sind die bewilligten Stellen besetzt. Alle Heime haben einen Stab von langjährigen MitarbeiterInnen, die Konstanz in der Betreuung garantieren.

7. "Wie präsentiert sich der Stellenmarkt in den Pflegeberufen ganz allgemein? Gibt es bei der Rekrutierung von ausgebildetem Personal etwelche Engpässe?"

Alle HeimleiterInnen berichten, dass der Stellenmarkt in Schaffhausen ausgetrocknet ist. Ausgebildetes Personal mit hohen Pensen (80% und mehr) zu finden ist schwierig. Auch Bewerbungen von ausländischem Personal sind spärlicher geworden.

Die Personalsituation im Pflegebereich ist gesamtschweizerisch angespannt. In den Medien tauchen immer wieder Berichte von personell unterversorgten Pflegeinstitutionen auf.

Insgesamt darf man sagen - was das Altersheim Steig anbelangt - wir sind auf dem richtigen Weg. Es gab vielleicht einige Turbulenzen in der Organisationsphase im Pflegehaus. Man darf aber nicht behaupten, dass diese personellen Schwierigkeiten irgend welche Auswirkungen auf die BewohnerInnen hatten. Das habe ich abgeklärt, das ist garantiert nicht der Fall.

Das Gleiche muss ich Ihnen vom Wiesli sagen. Da sind sehr viele Dinge genannt worden, die mir hier nicht schriftlich vorliegen. Auch dort gab es - das hat mit einem Wechsel in der Führungsetage zu tun - natürlich einzelne Leute, die mit dieser Führungsvorstellung nicht einverstanden waren.

Das ist klar, 18 Jahre lang ein Heimleiter, dann kommt eine Heimleiterin, die wirklich sehr kommunikativ ist, die aber ihre Vorstellung durchsetzen muss. Auch dort hat es Reklamationen gegeben. Aber das Beste, was uns da geschehen konnte, war, dass einige Leute nicht zu Ernst Spengler gerannt sind, sondern zur Gewerkschaft. Die Gewerkschaft hat uns geschrieben, wir haben zurück geschrieben, und die Gewerkschaft hat sich sehr erfreut gezeigt, über die Art und Weise, wie man diese Probleme dort anpackt. Eine Differenzbereinigung oder ein Gesprächsangebot, welches zunächst offeriert wurde, wurde nicht benutzt. Das hat sich alles gut aufgelöst. Dort ist die Stimmung ebenfalls sehr gut.

Natürlich wird das weiter begleitet. Das ist logisch. Aber hier, Herr Spengler, von Qualifikationen usw. zu sprechen, ist nicht der Ort, wo man das tun soll. Das ist die Aufgabe des Heimreferenten. Dieser wird mit der Supervisorin zusammen schauen, wo allenfalls hier genannte Schwachstellen sind, und er wird - wenn sie wirklich verifiziert werden können - für Abhilfe sorgen. Man kann nicht hier im Parlament quasi im Voraus personelle Massnahmen fordern oder gewisse Anschwärmungen vornehmen, welche zum Teil nicht belegt sind, sondern Ausdruck sind von nicht zufriedenen, ausgetretenen Mitarbeiterinnen. Das ist relativ heikel.

Ich danke, dass sie das gesamte Anliegen ins Zentrum gestellt haben und nicht einzelne Leute quasi auf eine "schwarze Liste" gesetzt haben."

Die Ratspräsidentin schliesst aus den Wortmeldungen zur Tagesordnung, dass der Rat eine Diskussion zu diesem Thema wünscht. Sie gibt daher das Wort frei.

Esther Bänziger (SP) Votum

"Es ist etwas schwierig, spontan jetzt etwas zu sagen, weil ich keine Ahnung hatte, was Ernst Spengler hier vortragen wird. Ich möchte ein bisschen darlegen, was mir durch den Kopf geht.

Eine Vorbemerkung: Ich finde auch, dass hier nicht der richtige Ort ist, um Qualifikationen vorzunehmen. Ich finde das sehr heikel, aus Briefen zu zitieren usw. Schaffhausen ist eine kleine Stadt.

Ich finde es etwas schade, Ernst Spengler, Du warst Mitglied der SPK "Integrierte Pflege im Altersheim Wiesli". Dort waren die Fachleute anwesend und wir hätten über manches sprechen können.

Meine Tante war genau zu jenem Zeitpunkt ins Altersheim Wiesli eingetreten, als dieser Heimleiterwechsel stattfand. Ich habe dies daher ein wenig auf der Ebene Personal mit erlebt und auf der persönlichen Ebene. Wir wissen alle, dass ein Wechsel - insbes. nach einer so langen Zeit und in diesem Bereich als "Heimvater" oder "Heimmutter" Änderungen mit sich bringt. Die Verlagerung vom Alters- zum Pflegeheim erfordert Umstrukturierungen räumlich und personell. Man benötigt für die Pflegefälle mehr und zum Teil anderes Personal. Daher ist es verständlich und normal, dass solche Änderungen beim Personal zum Teil Unruhe hervorrufen, dass es manchmal schwierig ist, sich anzupassen, dass es Differenzen gibt. Die Heimleiterin sagt selbst, dass sie diesbezüglich viel hat lernen müssen. Das ist auch normal, wenn man an einer neuen Stelle ist. Man hat schnell gesehen, dass man eine externe Beratung zuziehen muss, wie das im Altersheim Steig ja jetzt auch der Fall ist.

Dann kommt diese Bemerkung wegen diesen Löhnen. Ich habe in der Eintretensdebatte zum Traktandum 2 erwähnt, dass da noch die Lohnklasse 1 figuriert und ich nicht heraus finden konnte, was man können oder nicht können muss, um in dieser Lohnklasse angesiedelt zu werden. Die Heimleiterin hat mir dann gesagt, dass die unterste Lohnklasse, in welcher Personal vom Heim Wiesli eingereiht ist, die Klasse 5 sei. Es ist tatsächlich so, dass unter dem vorherigen Heimleiter gewisse Personen höher eingestuft waren und der Personaldienst die Heimleitung angewiesen hat, noch eine tiefere Lohnklasse zu öffnen; vorher war die Lohnklasse 6 die unterste. Es ist also nicht so, dass die neue Heimleitung fand, man müsse die Löhne senken. Zum Widerspruch von Werner Widmer - das ist ja mein Thema: Man kann finden, diese Leute seien zu schlecht bezahlt; das ist das eine. Das andere - meine These - ist, dass diese Leute falsch bewertet werden. Das ist das Problem. Das hat auch damit zu tun, dass es schwierig ist, qualifiziertes Personal zu finden, weil diese Leute heute so zu sagen eine Matur haben und sehr gut ausgebildet sind. Schauen Sie dann die Einreihung an. Da sind viele Leute nicht bereit, mit ihrer Ausbildung in diesen (tiefen) Lohnklassen zu arbeiten.

Auf der persönlichen Ebene habe ich erlebt, dass im Heim Wiesli von der neuen Heimleitung sehr viel Neues eingeführt wurde, auch gegenüber den HeimbewohnerInnen, was einige langjährige Pensionärinnen und Pensionäre etwas irritiert hat. Sie hat den Stammtisch eingeführt, welcher heute sehr geschätzt wird. Umgekehrt möchte ich sagen, dass es relativ heikel ist, das was von einigen HeimbewohnerInnen vorgejammert wird, als bare Münze zu nehmen. Das ist nicht despektierlich gemeint.

Ich möchte Sie einfach daran erinnern, dass das Personal eine ganz hochkarätige Arbeit leistet.

Zum Altersheim Steig kann ich wenig sagen. Eines kann ich jedoch sagen, nämlich dass es möglich ist - das kann überall vorkommen - dass eine Mitarbeiterin nicht gut eingesetzt wurde."

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident Votum

"Ich möchte nicht inhaltlich zum Votum des Interpellanten sprechen, sondern einige Gedanken loswerden, die eher allgemeiner Natur sind, die den Stil betreffen. Ich attestiere dem Interpellanten das Recht - insbes. im Hinblick auf einen Wahlkampf -, einen Stadtrat zu kritisieren. Das ist legitim. Das was ich befürchtet habe, Herr Spengler, hat sich bis zu einem gewissen Grad erfüllt, das ist die Methode. Da möchte ich Ihnen doch ans Herz legen, diese zu überdenken. Es ist - wie Esther Bänziger richtigerweise gesagt hat - rechtlich heikel, was Sie hier abziehen. Es ist nicht nur heikel, es ziemt sich meiner Meinung auch nicht für eine seriöse Ratsarbeit. Warum? Es geht nicht an, dass in diesem Rat Zitate von Betroffenen wieder gegeben werden, Aussagen aus Briefen über falsche oder schlechte Behandlung durch Personal der städtischen Dienste zitiert werden, ohne dass dieses Verhalten verifiziert werden kann hier drin, und ohne dass den betroffenen Personen, die aufgrund Ihrer Ausführungen übrigens bestimmbar waren, das rechtliche Gehör gewährt worden ist. Das geht nicht. Ich denke, dass das Personal das Anrecht hat, zuerst vor den verantwortlichen Vorgesetzten und Referenten Rechenschaft abzulegen, bevor hier öffentlich über allfällige Fehler und Charakterschwächen von Einzelpersonen diskutiert wird. Ich möchte das hier in die Waagschale legen - auch für weitere Debatten.

Auch ParlamentarierInnen haben manchmal den Dienstweg einzuhalten. Ich denke, gerade bei solchen Problemen geziemt sich dies. Die Weigerung des Interpellanten, weder in der SPK zu den Problemen, die ihn offensichtlich so bewegen und deren Lösung so dringlich scheint, zu sprechen, noch mit dem zuständigen Referenten diese Probleme zu diskutieren, diskreditieren eben seine hehren Beteuerungen, dass es nur um die Sache ging. Das ist eigentlich schade. Ich möchte Ihnen ans Herz legen, nicht weiter die Verletzung von Persönlichkeitsrechten des betroffenen Personals in Kauf zu nehmen, um hier politisch etwas zu erreichen und hier jemandem politisch an den Karren zu fahren. Das ist wichtig auch für das Personal, das darauf vertraut, vor den Verantwortlichen Rechenschaft ablegen zu können und dass die Sache nicht zuerst hier in der Öffentlichkeit diskutiert wird."

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

"Die Diskussion zeigt, dass wir uns mit diesem Thema wirklich auf einer Gratwanderung bewegen. Selber würde es mir gar nicht liegen, irgendwie die Heimleitung - sei es jene des Altersheims Steig oder des Wiesli - zu qualifizieren. Ich habe in meinem Beruf in beiden Heimen schon gute Erfahrungen gemacht. Trotzdem finde ich es berechtigt, dass Ernst Spengler eine Frage aufgreift, wenn innerhalb eines halben Jahres 15 Personen ausziehen; das ist für mich keine Normalität. Ich finde es berechtigt, dass man so etwas zum Thema macht. Ich finde, Ernst Spengler hat das auf eine formal korrekte Art gemacht. Was ich ebenso anerkenne, dass er vom Heimreferenten eine detaillierte und korrekte Antwort bekommen hat. Vielleicht erinnern Sie sich an eine frühere Motion, die Theresia Derksen eingereicht hatte. Damals schien es mir, sie hätte eher eine Schelte eingefangen, was hier nicht der Fall ist. Im grossen und ganzen finde ich die Diskussion als befriedigend.

Was mich als Sozialarbeiterin ein bisschen gestochen hat, ist die Aussage des Heimreferenten, es habe während des Umstrukturierungsprozesses Führungsprobleme gegeben, welche meines Wissens mit mangelnder Planung zu tun hatten. Er sagte dann, es sei eine Korrektur vorgenommen worden in Absprache mit dem zuständigen Heimarzt. Da fühle ich mich tangiert, weil ich meine, Heimärzte sind nicht fachkompetent, um Strukturfragen zu diskutieren. Da möchte ich doch sehr darauf halten, dass man externe Fachpersonen beizieht. Nötig wäre es, diese von Anfang an - bevor der Umstrukturierungsprozess zu laufen beginnt - einzubeziehen. Da könnte man eine saubere Planung machen, man hätte anschliessend keine Kompetenzprobleme. Dadurch könnte man viel zerschlagenes Geschirr ersparen. Dass so etwas möglich ist, möchte ich auch gleich anführen. Ich erinnere mich an die Eröffnung des "Huus Emmersberg". Da hat uns Frau Gantenbein gesagt, wie sie von Anfang an um den guten Geist im Hause gebangt hat. Ich weiss nicht, ob sie ihn in eine Flasche gebannt hat, bis es soweit war. Jedenfalls war dieser Geist anschliessend noch da. Ich selber verkehre viel in diesem Haus, und dieser gute Geist ist wirklich spürbar. Das wünsche ich allen unseren Heimen."

Walter Hotz (FDP)

Votum

"Ich fühle mich als Präsident der SPK "Integrierte Pflege im Altersheim Wiesli" angesprochen. Frau Bänziger hat erklärt, dass der Interpellant Ernst Spengler die Möglichkeit gehabt hätte, diese Fragen anlässlich der Kommissionssitzung aufzuwerfen. Ich muss Ihnen sagen, als Kommissionspräsident hätte ich dies nicht zugelassen, weil es nicht zum Thema passte."

Urs Tanner (SP)

Votum

"Es fällt mir nicht leicht, aber ich muss zu diesem Thema kurz etwas sagen. Herr Spengler hat recht. Auch Herr Neukomm hat recht. Bei der Form muss man genau aufpassen.

Ich habe die Ehre gehabt, während meines Studiums als Hilfspfleger im Altersheim Steig zu arbeiten. Ich habe während zwei Jahren Nachtwache gemacht. Ich muss jetzt stets das Votum von Peter Neukomm im Kopf behalten, weil es hier nicht um eine Personaldebatte geht.

Ich muss sagen, dass Punkt 3 der Interpellation mit Nein beantwortet werden kann. Es ist nicht der Heimleiter. Aber es gibt ganz grosse Wechsel. Der Blickwinkel ist ein anderer. Das hat SR Widmer zitiert. Kontrolle von oben - das ist der Heimarzt, das ist der Spezialist in Supervision. Das ist immer Kontrolle von oben. Ich habe als Hilfspfleger auf tiefster Ebene gearbeitet und einen guten Kontakt zu meinen Kolleginnen und Kollegen gehabt. Da war ich eine Vertrauensperson; ich habe mit denen bis heute Kontakt.

Ich möchte nur soviel sagen. Ernst Spengler hat inhaltlich recht. Im Altersheim Steig und auf der mittleren Ebene gibt es ein Problem. Es gibt ein Kommunikationsproblem, es ist ein hierarchisches Problem, das ganz stark ins Gewicht fällt. Dies muss man im Auge behalten.

Ich danke Ernst Spengler; auch in meinem Computer haben sich einige Dinge angesammelt. Es war richtig, was er gemacht hat."

Gertrud Walch (SVP)

Votum

"Die Betreuung von Betagten in Heimen ist wirklich eine anspruchsvolle Arbeit. Da wird es immer wieder Probleme geben. Wir sind hier kein Gericht. Deshalb können hier nicht die gleichen Massstäbe wie in einem Gericht angelegt werden. Ich stelle fest, dass Ernst Spengler ruhig und sachlich Fragen vorgetragen hat. Es sind Fragen, die an ihn heran getragen worden sind. Hier ist doch die Möglichkeit, den Fragen und Problemen Gehör zu verschaffen.

Der Sache dienlich wäre es, wenn man jetzt nicht sagt, es sei alles in Ordnung und man sei auf dem guten Weg. Das widerspricht dem Gehörten. Urs Tanner hat das bestätigt. Es gibt etwas zu verbessern. Der Anstoss war nötig und sollte aufgenommen werden."

Edgar Mittler (FDP)

Votum

"Es ist immer so eine Sache, was man sagen und was man nicht sagen soll. Ich habe immer im Ohr, wenn ein Interpellant oder ein Motionär erklärt, er habe gehört bzw. es sei ihm zugetragen worden, von stadträtlicher Seite gesagt wird: Nennen Sie mir Ross und Reiter. Da ist man in einem Spannungsfeld, wie weit man mit dem Zitieren von Briefen gehen soll. Herr Spengler hat ein gesundes Mittelmass gefunden. Er hat keine Namen genannt. Aus dieser Sicht hat er richtig gehandelt. Was ich in der Interpellationsbeantwortung vermisst habe, ist eine klare Stellungnahme zur Frage 4: *Was gedenkt der Stadtrat zu tun, um diesen unbefriedigenden Zuständen abzuhelpfen?* Ist der Stadtrat der Meinung, es sei bereits genug getan, es könne so weiter gehen?"

Stadtrat Werner Widmer

"Ich habe nichts beschönigt. Ich habe festgestellt, dass in dieser Umsetzungsphase Fehler unterlaufen sind. Konkret zu dieser Frage 4: Ich habe Ihnen mitgeteilt, dass schon vor dem Einreichen dieser Interpellation diese Situation mit einer externen Beratung, welche nicht verhängt ist mit dieser Institution, im Detail angeschaut wurde und wird. Da gibt es einen Zwischenbericht. Ich habe persönlich jetzt das Gespräch aufgenommen mit der Beraterin und dem Heimarzt, und habe Ihnen auch angekündigt: Sollten sich Massnahmen aufdrängen innerhalb des ganzen Organigramms, innerhalb der Führungsequipe, werden die entsprechenden Entscheide auch gefällt. Der Stadtrat nimmt diese Aufgabe wahr. Dazu kommt, dass wir eine Fachstelle besitzen, die eine hohe Kompetenz hat und dafür sorgen wird, dass Lücken oder Defizite, die temporär aufgetaucht sind, wieder gefüllt werden können. Aber ich bleibe bei der Aussage, dass die Heime in unserer Stadt Schaffhausen - auch wenn es personell hie und da Probleme gibt - ihren Grundauftrag in allen Teilen erfüllen, sonst hätte ich nämlich sehr bald einmal auf meinem Schreibtisch nicht nur Briefe von BewohnerInnen, sondern im Besonderen auch von den Angehörigen. Das ist nicht der Fall. Das ist doch auch ein Indikator, dass bei allen Fehlern, die geschehen können, das Personal sich bemüht, das Beste zu geben, damit sich die HeimbewohnerInnen wohl fühlen können."

Ernst Spengler (SVP)

Schlusswort des Interpellanten

"Ich muss gleich beim Heimreferenten nachhaken. Er hat gesagt, eine neutrale, externe Beratung sei notwendig. Ich weiss, dass auch im Altersheim Wiesli eine Beratung stattgefunden hat. Die Beraterin war per Du mit der Heimleiterin, was mir wieder ein ungutes Gefühl gibt.

Ich habe nie in Frage gestellt, dass der Grundauftrag in den Heimen erfüllt wird. Ich habe lediglich auf die schlechte Stimmung beim Personal hingewiesen. Es handelt sich dabei nicht nur um 3 oder 4 Personen, welche sich diesbezüglich bei mir geäussert haben; es sind viele. Der Heimreferent hat die Sache schon etwas beschönigt. Die Stimmung ist nicht so gut, wie er es dargestellt hat.

Noch eine Bemerkung zum Votum von Esther Bänziger betr. hochkarätiger Arbeit. Da ist der Widerspruch. *Ihr seid alle zu hoch eingestuft, besser als das C erreicht niemand.* Wie kommt man sich da als langjährige Angestellte vor?

Esther Bänziger (SP) wirft hier ein: "Die Heimleiterin des Altersheims Wiesli ist schon gar nicht diejenige, welche unsere Lohnklassen festlegt."

Der Interpellant fährt fort: Noch etwas, ich habe gesagt, der Heimreferent habe seine Führungs- und Aufsichtspflicht nicht wahrgenommen. Es ist schon so, wenn ein Betriebsleiter weiss, dass in einer seiner Abteilungen ein solcher Personalwechsel stattfindet und nicht eingreift "bis die Handgranate vor dem Bug explodiert", dann ist das schon etwas komisch.

Ich werde auf alle Fälle weiterhin offene Ohren haben und zusehen, wie es weiter geht. Ich hoffe sehr, dass es im Personalsektor eine bessere Stimmung gibt."

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle schliesst die **Ratspräsidentin** die heutige Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 7. November 2000
Doppelsitzung, Beginn 16.00 Uhr